



Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 8, August 2013

68. Jahrgang



- Im Fokus: die kreisfreie Stadt Kassel
- Nach dem UDV ist vor dem UDV. Der erste Teil des ersten Upstream Dialogue Visits in Deutschland führte Eurostat nach Hessen
- Hochschulstandort Hessen
- Hessischer Zahlenspiegel

IMPRESSUM

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden,
Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden,
Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro
(Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro (jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Umschlagfoto: Schloss Wilhelmshöhe, Kassel. ©Kassel Marketing GmbH/Paavo Blåfield

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle
Telefon: 0611 3802-802 oder -807
E-Mail: info@statistik-hessen.de

Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.
Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe von **Staat und Wirtschaft in Hessen** richtet die Serie „Im Fokus“ ihren Blick auf die nordhessische Großstadt Kassel. Mit einem Viertel aller Arbeitsplätze in Nordhessen und einem deutlichen Einpendlerüberschuss erstreckt sich die wirtschaftliche Bedeutung weit über die Stadtgrenze hinaus. In kultureller Hinsicht kann die drittgrößte Stadt Hessens u.a. mit einer UNESCO-Weltkulturerbestätte und der Documenta, der renommiertesten Ausstellung zeitgenössischer Weltkunst in Deutschland, aufwarten. Die Documenta 2012 führte zu einem Anstieg der Übernachtungen von rund 20 %.

Der Hochschulstandort Hessen ist für Studierende weiterhin sehr attraktiv. Bereits das fünfte Jahr in Folge nahm die Anzahl der Studierenden zu. Sie beträgt aktuell 215 000. Dabei sind die Studienfächer der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ am beliebtesten. Auf den weiteren Plätzen der Beliebtheitsskala folgen die Fächergruppen „Ingenieurwissenschaften“ und „Mathematik, Naturwissenschaften“.

Um die Einhaltung des Wirtschafts- und Stabilitätspakts durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu gewährleisten, bedarf es zuverlässiger Finanzstatistiken. Im Rahmen eines „Gesprächsbesuchs“ im HSL überprüfte Eurostat die Qualität der Daten und Datenprozesse der sogenannten Staats-Finanzstatistiken und bewertete die exakte Umsetzung der methodischen Vorgaben.

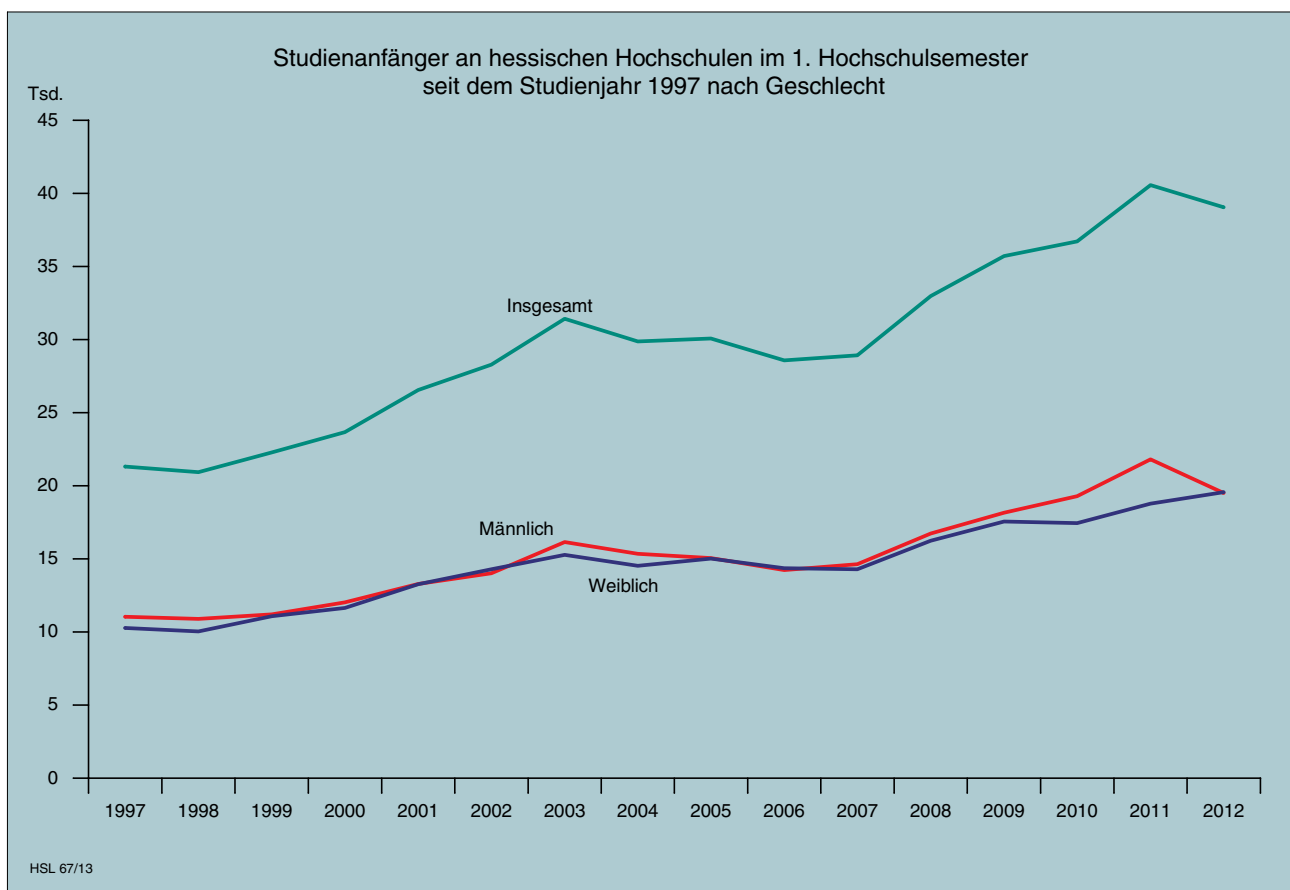
Ich wünsche eine interessante Lektüre.

A handwritten signature in blue ink, reading "Ch. Figgner".

Dr. Christel Figgner
Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

INHALT

Ganz kurz	263
Allgemeines	
Im Fokus: die kreisfreie Stadt Kassel. Von <i>Till Lachmann</i>	264
Nach dem UDV ist vor dem UDV. Der erste Teil des ersten Upstream Dialogue Visits in Deutschland führte Eurostat nach Hessen. Von <i>Günter Rapor</i>	275
Bildung und Kultur	
Hochschulstandort Hessen. Von <i>Charlotte Pfeil</i>	280
Nachrichten aus der Statistik	285
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	286
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	287
Soziales, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	288
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	289
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	290
Tourismus, Verkehr	291
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	292
Verdienste	293
Buchbesprechungen	Seite 296 und Umschlagseite 3



Mehr als 8200 Empfänger von „Meister-BAföG“ in Hessen

Im Jahr 2012 erhielten in Hessen 5830 Männer und 2390 Frauen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Damit erhöhte sich die Zahl der Personen, die das „Meister-BAföG“ bezogen, im Vergleich zu 2011 um 200 oder 2,5 % auf 8220. Insgesamt 3550 Geförderte absolvierten eine Vollzeitausbildung und 4670 befanden sich in einer Teilzeitmaßnahme. Etwa drei Viertel der Teilzeitgeförderten waren jünger als 35 Jahre; bei den Vollzeitgeförderten lag dieser Anteil bei über 97 %. Die Summe der bewilligten Förderleistungen lag bei 28,2 Mill. Euro. Die bewilligten Förderleistungen setzten sich aus 9,1 Mill. Euro Zuschuss und 19,1 Mill. Euro Darlehen zusammen. Von den bewilligten Darlehen wurden 15,8 Mill. Euro in Anspruch genommen. Mit der Förderung nach dem AFBG werden Handwerker und andere Fachkräfte unterstützt, die eine abgeschlossene Erstausbildung haben und eine berufliche Weiterbildung bis zum Meister oder einer vergleichbaren Qualifikation absolvieren. Eine Förderung kann zum einen aus einem einkommens- und vermögensunabhängigen Maßnahmebeitrag für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren bestehen, zum anderen können Geförderte in Vollzeitmaßnahmen einen Unterhaltsbeitrag zum Lebensunterhalt erhalten, der einkommens- und vermögensabhängig ist. Im Durchschnitt betrug der monatliche Unterhalt der Vollzeitgeförderten rund 720 Euro.

11 % mehr Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen

Im Jahr 2012 wurden in Hessen knapp 5390 Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen geleistet, knapp 11 % mehr als ein Jahr zuvor. Ende 2012 dauerten noch 3930 Hilfen an, rund 1460 Hilfen wurden 2012 beendet und knapp 1770 Hilfen wurden 2012 begonnen. 62 % (2011: 59 %) der Hilfen erfolgten ambulant/teilstationär, gut 36 % (2011: 41 %) der Hilfen wurden in einer Einrichtung über Tag und Nacht geleistet und gut 1 % bei einer Pflegeperson. Die finanzielle Situation in der Familie und die Familienstruktur spielten bei der Notwendigkeit der Hilfestellung eine Rolle. In mehr als der Hälfte der Fälle lebten die Kinder/Jugendlichen bei Alleinerziehenden oder in „Patchworkfamilien“, und in 46 % der Fälle lebten die Eltern zusammen. In gut 29 % waren die Familien/der junge Mensch auf Transferleistungen angewiesen. Hauptzielgruppe waren bei Beginn

der Hilfe die 6- bis unter 12-Jährigen mit knapp 47 %, gefolgt von den 12- bis unter 18-Jährigen mit 34 %. Gut 18 % waren bereits volljährig und weniger als 1 % war unter 6 Jahre alt. Häufigster Grund bei Beginn der Hilfestellung waren mit 31 % Entwicklungsauffälligkeiten/seelische Probleme des jungen Menschen, gefolgt von schulischen/beruflichen Problemen mit knapp 27 % und Auffälligkeiten im sozialen Verhalten mit 19 %.

Erste Halbzeit 2013: Hessische Gewerbesteuer-einnahmen um 8 % gesunken

Die Brutto-Gewerbesteuer-einnahmen beliefen sich im ersten Halbjahr 2013 insgesamt auf 1,9 Mrd. Euro, was einem Rückgang gegenüber dem besonders starken Vorjahreszeitraum um 166,5 Mill. Euro bzw. 8,0 % entspricht. Während das erste Quartal noch vergleichsweise gut abschnitt, lag das zweite Quartal 2013 mit 921 Mill. Euro um 7,8 % unter dem Ergebnis des ersten und sogar um 25 % niedriger als das zweite Quartal 2012. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die Entwicklung bei den kreisfreien Städten zurückzuführen ist, die 2013 mit 912,5 Mill. Euro allein 154 Mill. Euro bzw. gut 14 % weniger einnahmen als im ersten Halbjahr 2012. Hier war es vor allem die Stadt Frankfurt am Main, deren Gewerbesteuer-aufkommen 2013 mit 595 Mill. Euro um rund 127 Mill. Euro unter dem des ersten Halbjahrs 2012 blieb. Aber auch in Darmstadt gingen die Gewerbesteuer-einnahmen aufgrund eines Sondereffektes im ersten Quartal um insgesamt etwa 88 Mill. Euro auf nur noch 6,8 Mill. Euro im ersten Halbjahr zurück. Die anderen kreisfreien Städte dagegen konnten Zuwächse verbuchen, allen voran Wiesbaden, das seine Gewerbesteuer-einnahmen um 54 Mill. Euro auf den Rekordwert von 178,8 Mill. Euro steigern konnte. Offenbach am Main erhöhte seine Einnahmen um rund 5,5 Mill. auf 29,0 Mill. Euro, Kassel um 2,2 Mill. auf 102,6 Mill. Euro. Bei den Sonderstatusstädten stachen im ersten Halbjahr 2013 vor allem Rüsselsheim und Hanau durch deutliche Verluste hervor. Rüsselsheim fiel von 21,6 Mill. Euro im ersten Halbjahr 2012 auf nur noch 4,2 Mill. Euro im laufenden Jahr (- 80,5 %) und Hanau von 49,0 Mill. Euro auf 26,3 Mill. Euro (- 46,4 %). Insgesamt erzielten die 7 Sonderstatusstädte im ersten Halbjahr 2013 Gewerbesteuer-einnahmen von 168,0 Mill. Euro. Die übrigen kreisangehörigen Gemeinden (ohne Sonderstatusstädte) konnten insgesamt ihr Niveau um 2,3 % leicht steigern und erreichten 839,5 Mill. Euro. In der Summe beruht der Zuwachs hier auf den Gewerbesteuer-mehreinnahmen der kleineren Gemeinden (unter 20 000 Einwohnern) um 8,1 % auf zusammen 433,5 Mill. Euro. Die Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern dagegen fielen insgesamt im ersten Halbjahr um 3,2 % auf 406,0 Mill. Euro zurück.

Im Fokus: die kreisfreie Stadt Kassel

Im Jahr 1961 fand der erste Hessentag in Alsfeld statt. Seitdem richten wechselnde hessische Städte oder Gemeinden das jährlich wiederkehrende Großereignis aus. Der 53. Hessentag gastierte im Juni 2013 nach 1964 bereits zum zweiten Mal in der kreisfreien Stadt Kassel, die in diesem Jahr zudem ihren 1100. Geburtstag feiert. Zu diesem Anlass richtet die Serie „Im Fokus“ ihren Blick auf die nordhessische Großstadt¹⁾. Ausgedehnte Parks mit Repräsentationsbauten zeigen noch immer Kassels historische Residenzfunktion. Auch heute spielt der öffentliche Dienst eine bedeutende Rolle. Schließlich hebt sich Kassel mit rund 200 000 Einwohnern als Hauptstadt und Oberzentrum Nordhessens von der vergleichsweise ländlich geprägten Umgebung ab. Beschäftigungsstatistiken zeigen auf, welche Bedeutung bestimmte Industriebranchen nach der Ära der inzwischen nicht mehr existierenden Traditionsfirma „Henschel“ heute in der Fuldstadt haben, und Fremdenverkehrsstatistiken stellen heraus, wie sich die weltberühmte „documenta-Ausstellung“ auf das Gastgewerbe auswirkt.

Stadt Kassel fast vollständig vom Landkreis Kassel umschlossen

Die im Norden Hessens gelegene kreisfreie Stadt Kassel weist eine Fläche von rund 107 km² auf und liegt weitgehend in einem breiten Becken der nordhessischen Senke²⁾, die sich vom nördlichen Fuß des mittelhessischen Vogelsbergs bis in den niedersächsischen Landkreis Holzminden erstreckt. Lediglich im Westen der Stadtfläche sind die bewaldeten Ausläufer des Habichtswaldes anzutreffen. Außerhalb der Stadtgrenze befinden sich die Mittelgebirge Reinhardswald im Nordosten, Kaufunger Wald im Osten und Söhre im Südosten. Die Stadt Kassel ist fast vollständig vom gleichnamigen hessischen Landkreis umschlossen, der im Jahr 1972 aus den vormaligen Landkreisen Hofgeismar, Kassel und Wolfhagen hervorging. Lediglich im Nordosten stößt die Stadt an den niedersächsischen Landkreis Göttingen. Den 2 km langen Verlauf der Grenze zu Niedersachsen bildet der Fluss Fulda, welcher auch entlang eines weiteren Teils der Stadtgrenze sowie mitten durch das Stadtgebiet fließt. Jahrhundertlang übte Kassel Hauptstadtfunktionen aus; heute fungiert sie als Hauptstadt des hessischen Regierungsbezirks Kassel, der analog zur Begrifflichkeit der hessischen Raumplanung auch als Region „Nordhessen“ bezeichnet wird. Des Weiteren ist in Kassel der Verwaltungssitz des seit 1974 bestehenden Zweckverbands Raum Kassel (ZRK) angesiedelt, zu dem neben der Fuldstadt 9 weitere Gemeinden des Landkreises Kassel gehören.

1) Es sei darauf hingewiesen, dass die Stadt im Personal- und Organisationsamt eine eigene Fachstelle „Statistik“ unterhält, die neben zahlenmäßigen Angaben zum gesamten Stadtgebiet über detaillierte Statistiken zu unterschiedlichen Themen nach Stadtteilen verfügt und diese auch auf der Website unter www.serviceportal-kassel.de sowie im Open-Data-Format unter www.datamarket.com zur Verfügung stellt.

2) Vielfach wird die nordhessische Senke auch als „Westhessische Senke“ bezeichnet.

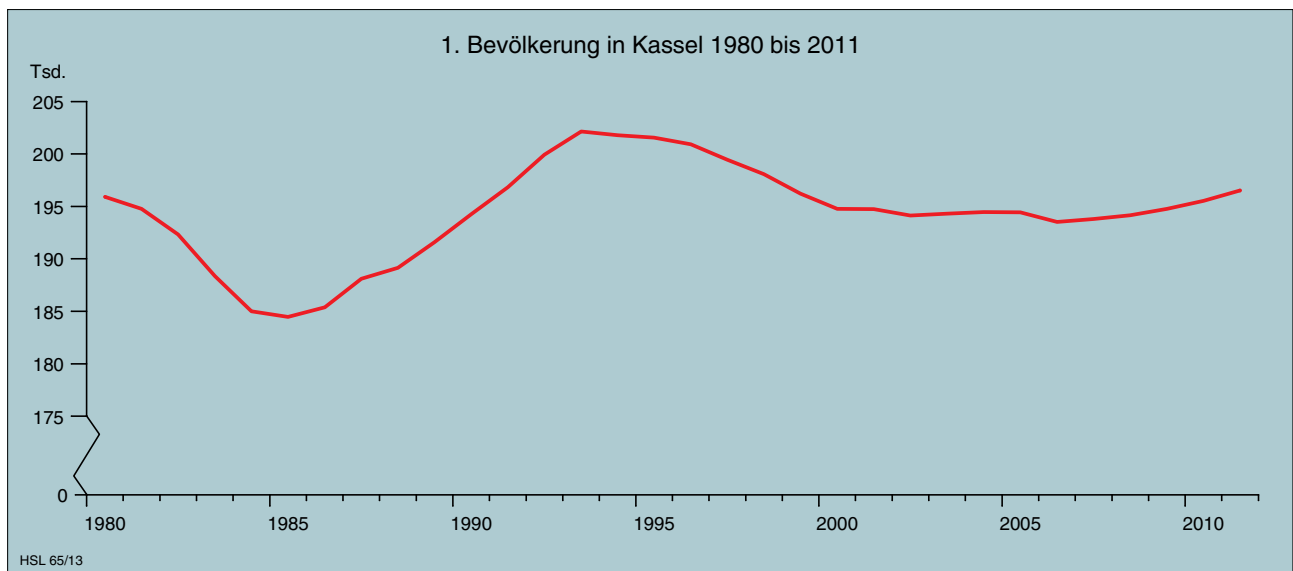
3) Eine noch ältere Urkunde von Karl dem Großen aus dem Jahr 811 wurde im heutigen Kasseler Stadtteil „Wolfsanger“ ausgestellt.

4) Vgl. Kroll, F.-L.: Geschichte Hessens, 2006, S. 30.

Geschicke der Stadt Kassel eng mit Landgrafschaft und Kurfürstentum Hessen(-Kassel) verbunden

Erste Erwähnung findet „Chassalla“ oder „Chassella“ in 2 Urkunden, die am 18. Februar 913 vor Ort von Konrad I., einem König der Ostfranken, ausgestellt wurden³⁾. Ab 1027 herrschten die Grafen Werner und ab 1121 die „Gisonen“, ein Gaugrafengeschlecht, über Niederhessen mit dem Hauptort Kassel. Durch Heiratspolitik fiel die frühmittelalterliche Stadt 1122 bzw. 1137 an die thüringische Landgrafschaft der Ludowinger, womit sie für mehr als 100 Jahre von Thüringen aus regiert wurde. In dieser Zeit entwickelte sich die Ortschaft Kassel wirtschaftlich immer stärker, sodass ihr Stadtrechte verliehen wurden.

Nach Aussterben der thüringischen Landgrafen im Jahr 1247 gelang es der verwandten Sophie von Brabant, der Tochter der Heiligen Elisabeth, ihren 3-jährigen Sohn Heinrich I., das „Kind von Brabant“, als rechtmäßigen Erben der hessischen Besitztümer bestätigen zu lassen. Dieser bestimmte 1277 Kassel zur Residenz und nannte sich fortan Landgraf von Hessen. Mit der Verteilung der hessischen Landgrafschaft nach dem Tod des Landgrafen Philipp I. im Jahr 1567 wurde die Teilherrschaft Hessen-Kassel gebildet, welche im Jahr 1604 den Marburger Teil übernehmen konnte und letztlich bis 1866 bestand. Mit dem lutherisch geprägten Hessen-Darmstadt, das ebenfalls aus der Verteilung hervorging, führte die 1605 calvinistisch gewordene Landgrafschaft Hessen-Kassel ständige Auseinandersetzungen⁴⁾. Zwischen 1648 und dem napoleonischen Zeitalter baute eine stattliche Anzahl an Regenten, darunter v. a. Landgraf Karl, die Residenzstadt Kassel zu einem Ort höfisch-barocker Repräsentation aus. Die Errichtung von Schloss und Park Wilhelmshöhe und zahlreicher anderer Repräsentationsbauten wie dem heutigen Museum Fridericianum ist auf diese Zeit zurückzuführen. Förderlich dafür war die „Freiheitskonzession“ von 1685 durch Landgraf Karl, die



Glaubensflüchtlingen (v. a. Hugenotten) Lebensraum in Nordhessen bot, aus denen u. a. der „Kasseler“ Oberhofbaumeister Simon Louis du Ry hervorging. Im Jahr 1803 wurde aus der Landgrafschaft Hessen-Kassel ein Kurfürstentum und Kassel damit eine kurfürstliche Residenz. Der Kurfürstentitel für den Landesherrscher blieb auch dann noch erhalten, als die kurfürstliche Würde infolge der Abdankung des letzten römisch-deutschen Kaisers 1806 gegenstandslos geworden war.

Im Zuge der napoleonischen Eroberungen wurde das Kurfürstentum Hessen(-Kassel) als souveräner Staat aufgelöst und 1807 dem neugeschaffenen Königreich Westphalen zugeschlagen, über das Jérôme, der jüngste Bruder Napoleons, von der Hauptstadt Kassel aus herrschte. Das ab 1813 wieder souveräne Kurfürstentum Hessen, kurz „Kurhessen“, verlor aufseiten Österreichs den preußisch-österreichischen Krieg im Jahr 1866. Nachdem es zu Kriegsende ablehnte, dem preußischen Bund beizutreten, wurde Kurhessen von Preußen annektiert. Von 1867 bis 1945 war Kassel Provinzhauptstadt der preußischen Provinz Hessen-Nassau, die sich aus den preußischen Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden zusammensetzte. Unter der preußischen Regierung wuchs die Residenzstadt zu einer Großstadt, in der auch das Militär das Stadtbild prägte und den Ruf Kassels als Beamten- und Soldatenstadt verstärkte.

Die Akzeptanz der preußischen Herrschaft über Kurhessen wurde dadurch gefördert, dass der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. seine Gymnasialzeit in Kassel verbrachte und Schloss Wilhelmshöhe 1891 zur Sommerresidenz bestimmte. Mit der Auflösung der Provinz Hessen-Nassau zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Kassel in-

nerhalb des gleichnamigen Regierungsbezirks Teil des neu gebildeten Landes (Groß-)Hessen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands war die Fuldastadt Teil des Zonenrandgebiets; seitdem jedoch erfährt sie eine Aufwertung durch ihre zentrale (Verkehrs-)Lage im erweiterten Bundesgebiet, sodass sie vielfach gar als „neue deutsche Mitte“ bezeichnet wird⁵⁾. Die militärische Funktion Kassels endete mit der Verabschiedung der Bundeswehr aus der Stadt im Jahr 1998.

Enormer Einwohnerzuwachs in der wilhelminischen Kaiserzeit

Um das Jahr 1600 herum zählte die alte Residenzstadt rund 5200 Einwohner⁶⁾. Bis 1847 stieg die Bevölkerungszahl immerhin auf knapp 34 600 Einwohner⁷⁾. Erst der rasante Bevölkerungszuwachs nach der Annexion Hessens-Kassels durch Preußen ließ die Einwohnerzahl der Fuldastadt von rund 41 600 im Jahr 1867 auf 153 200 im Jahr 1910 hochschnellen. Ausschlaggebend dafür war neben den Eingemeindungen insbesondere die verstärkt einsetzende Industrialisierung. Nach den letzten Eingemeindungen⁸⁾ im Jahr 1936 wurde der bisherige Spitzenwert von 225 700 Einwohnern im Jahr 1943 erreicht, und zwar vor den massiven Kriegszerstörungen der Stadt und dem damit einhergehenden starken Bevölkerungsschwund. Nach Kriegsende wuchs die Bevölkerungszahl wieder von 71 200 im Mai 1945 über 127 600 im Oktober 1946 bis zum zwischenzeitlichen Maximum von 215 000 im Jahr 1971 an. Nach einem deutlichen Bevölkerungsrückgang bis 1985, der insbesondere auf Fortzüge ins Umland zurückzuführen war, legte die Zahl der Einwohner von 184 500 im Jahr 1985 wieder auf 202 200 im Jahr 1993 zu (siehe Schaubild 1). Dabei übten hessische Gebietsreformen – wie die großangelegte ab 1972 – keinen Einfluss auf die Kasseler Bevölkerungsentwicklung aus. Im Jahr 2007 (193 800) wurde der von 1994 (201 800) bis 2006 (193 500) zu beobachtende

5) Vgl. Freund, B.: Hessen, Gotha, Stuttgart, 2002, S. 306.

6) Vgl. Feldner, U.: Kleine Geschichte der Stadt Kassel, 2010, S. 27.

7) Vgl. ebenda: S. 62.

8) Im Jahr 1936 wurden die Ortschaften Harleshausen, Niederzwehren, Nordshausen, Oberzwehren, Waldau und Wolfsanger eingemeindet.

**Bevölkerung in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens¹⁾ und im Land Hessen**

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt bzw. -raum	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Bevölkerung	Anzahl	31.12.2011	196 526	1 216 914	1 438 720	6 092 126
und zwar						
unter 15 Jahre	„	31.12.2011	24 475	159 100	192 933	825 221
15 bis unter 65 Jahre	„	31.12.2011	132 408	791 820	987 435	4 048 491
65 Jahre oder älter	„	31.12.2011	39 643	265 994	258 352	1 218 414
Nichtdeutsche	„	31.12.2011	22 835	67 611	280 029	700 444
Anteil der ... an der Bevölkerung insgesamt						
unter 15-Jährigen	%	31.12.2011	12,5	13,1	13,4	13,5
15- bis unter 65-Jährigen	„	31.12.2011	67,4	65,1	68,6	66,5
65-Jährigen oder Älteren	„	31.12.2011	20,2	21,9	18,0	20,0
Nichtdeutschen	„	31.12.2011	11,6	5,6	19,5	11,5
Einwohner (EW) je km ²	Anzahl	31.12.2011	1 841	147	1 982	289
Zu-/Abnahme der Bevölkerung seit 31.12.2006	%	2007 – 2011	1,6	– 2,2	4,2	0,3
Mehr bzw. weniger (–) Geborene als Gestorbene je 10 000 EW im Jahresdurchschnitt	Anzahl	2007 – 2011	– 18,4	– 37,0	11,5	– 13,9
Mehr bzw. weniger (–) Zugezogene als Fortgezogene je 10 000 EW im Jahresdurchschnitt	„	2007 – 2011	43,4	– 10,2	62,1	16,0
1) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden.						

Rückgang gestoppt. In den letzten 5 Berichtsjahren legte die Einwohnerzahl um gut 3000 auf 196 500 Ende 2011 zu⁹⁾. In diesem Fünfjahreszeitraum war das Bevölkerungswachstum von 1,6 % sowie der Wanderungssaldo von 43 Zugezogenen mehr als Fortgezogenen je 10 000 Einwohnern in der Fuldstadt höher als in Hessen insgesamt (+ 0,3 % bzw. + 16) und erst recht höher als im Regierungsbezirk Kassel (– 2,2 % bzw. – 10), aber kleiner als in den 5 hessischen kreisfreien Städten zusammen (+ 4,2 % bzw. + 62), die mit Ausnahme Kassels im wirtschaftlich „attraktiven“ südhessischen Rhein-Main-Gebiet gelegen sind. Bzgl. der Einwohnerzahl von Ende 2011 lag die nordhessische Großstadt (196 500) in der Rangfolge dieser Städte drittplatziert hinter Frankfurt am Main (691 500) und der Landeshauptstadt Wiesbaden (278 900) und vor Darmstadt (149 100) und Offenbach am Main (122 700).

Gegenüber den o. g. Vergleichsräumen ist im Hinblick auf die Bevölkerungsstruktur eine allgemeine Aussage für Kassel schwierig. Aber der Anteil der unter 15-Jährigen an der Bevölkerung insgesamt war in der Fuldstadt Ende 2011 mit 12,5 % am niedrigsten; bei den Vergleichsräumen überschritt sie jeweils die 13%-Schwelle. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren war in Kassel mit 67,4 % deutlich höher als in Hessen (66,5 %) und v. a. in Nordhessen (65,1 %), aber niedriger als in den kreisfreien Städten

(68,6 %). Der Anteil der 65-Jährigen oder Älteren in der Fuldstadt entsprach mit 20,2 % fast dem hessischen Durchschnitt und lag damit deutlich unter dem des Regierungsbezirks Kassel (21,9 %), aber auch deutlich über dem der kreisfreien Städte (18,0 %).

Der Anteil der Nichtdeutschen an der Bevölkerung insgesamt lag in Kassel mit 11,6 % fast gleichauf mit dem Durchschnitt des Landes Hessen. In den hessischen kreisfreien Städten war dieser annähernd doppelt so hoch (19,5 %) und im Regierungsbezirk Kassel nicht einmal halb so hoch (5,6 %). Damit hatte etwa jeder neunte Kasseler eine ausländische Staatsangehörigkeit. Darunter war als Herkunftsland die Türkei mit Abstand am stärksten vertreten, gefolgt von Polen und Italien¹⁰⁾.

Kassels ausgedehnte Erholungsflächen bieten Platz für Freiluftveranstaltungen

Im Gegensatz zu den übrigen hessischen kreisfreien Städten gemündete die Fuldstadt nach 1936 keine stadtnahen Ortschaften mehr ein. Die an diesen Siedlungen angrenzenden Wald- und Landwirtschaftsflächen hätten den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Kasseler Stadtfläche insgesamt senken können. So aber lag dieser Ende 2011 mit 60 % deutlich über dem entsprechenden Anteil der kreisfreien Städte insgesamt (48 %). Lediglich Frankfurt am Main reichte mit einem Anteilwert von 58 % annähernd an die Fuldstadt heran. Die Gebäude- und Freifläche nahm gut ein Drittel (kreisfreie Städte: 26 %) und die Verkehrsfläche 14 % (kreisfreie Städte: 15 %) der Stadtfläche von Kassel insgesamt ein. Besonders fällt der weit überdurchschnittliche An-

9) Die am 31. Mai 2013 veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung zum 9. Mai 2011 sowie die Einwohnerzahlen zum 31.12.2011 auf Basis der Fortschreibung des Zensus 2011 konnten nicht berücksichtigt werden.

10) Vgl. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters.

Flächennutzung in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens¹⁾ und im Land Hessen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Fläche	km ²	31.12.2011	106,8	8 288,8	726,0	21 114,9
Fläche	ha	31.12.2011	10 678	828 884	72 600	2 111 493
Siedlungs- und Verkehrsfläche	„	31.12.2011	6 401	105 124	35 169	328 049
darunter Verkehrsfläche	„	31.12.2011	1 451	50 604	10 748	142 359
Gebäude- und Freifläche einschl. Betriebsfläche ohne Abbauland	„	31.12.2011	3 682	47 839	19 107	162 356
dar. Fläche für „Wohnen“ ²⁾	„	31.12.2011	2 170	25 771	9 990	91 041
Erholungsfläche	„	31.12.2011	1 170	5 788	4 775	20 395
dar. Grünanlage	„	31.12.2011	1 016	3 501	3 816	11 894
Waldfläche	„	31.12.2011	2 317	334 778	18 750	847 242
Landwirtschaftsfläche	„	31.12.2011	1 648	369 602	16 677	889 013
Anteil der ... an der Gesamtfläche Siedlungs- und Verkehrsfläche	%	31.12.2011	60,0	12,7	48,4	15,5
darunter Verkehrsfläche	„	31.12.2011	13,6	6,1	14,8	6,7
Gebäude- und Freifläche einschl. Betriebsfläche ohne Abbauland	„	31.12.2011	34,5	5,8	26,3	7,7
dar. Fläche für „Wohnen“ ²⁾	„	31.12.2011	20,3	3,1	13,8	4,3
Erholungsfläche	„	31.12.2011	11,0	0,7	6,6	1,0
dar. Grünanlage	„	31.12.2011	9,5	0,4	5,3	0,6
Waldfläche	„	31.12.2011	21,7	40,4	25,8	40,1
Landwirtschaftsfläche	„	31.12.2011	15,4	44,6	23,0	42,1
Siedlungs- und Verkehrsfläche je EW	m ²	31.12.2011	325,7	863,9	244,4	538,5
Verkehrsfläche je EW	„	31.12.2011	73,9	415,8	74,7	233,7
Gebäude- und Freifläche einschl. Betriebsfläche ohne Abbauland je EW	„	31.12.2011	187,3	393,1	132,8	266,5
Fläche für „Wohnen“ ²⁾ je EW	„	31.12.2011	110,4	211,8	69,4	149,4
1) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden. — 2) Ohne Berücksichtigung der Flächenkategorie „Mischnutzung mit Wohnen“.						

Gebäude und Wohnungen in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens¹⁾ und im Land Hessen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt bzw. Jahr	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Wohngebäude	Anzahl	31.12.2011	30 090	316 796	177 783	1 330 960
dar. mit 1 oder 2 Wohnungen	„	31.12.2011	19 075	277 214	102 861	1 114 611
Anteil der Wohngebäude mit 1 oder 2 Wohnungen an den Wohngebäuden insgesamt	%	31.12.2011	63,4	87,5	57,9	83,7
Wohnungen ²⁾	Anzahl	31.12.2011	103 694	587 212	745 648	2 895 243
EW je Wohnung ²⁾	„	31.12.2011	1,9	2,1	1,9	2,1
Wohnfläche ³⁾	1000 m ²	31.12.2011	7 904	56 778	54 826	265 652
Wohnfläche ³⁾ je EW	m ²	31.12.2011	40,2	46,7	38,1	43,6
Wohnfläche ³⁾ je Wohnung	„	31.12.2011	76,2	96,7	73,5	91,8
Neue Wohngebäude	Anzahl	2011	56	778	942	5219
dar. mit 1 oder 2 Wohnungen	„	2011	45	718	739	4708
Anteil der neuen Wohngebäude mit 1 oder 2 Woh- nungen an den neuen Wohngebäuden insgesamt	%	2011	80,4	92,3	78,5	90,2
1) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden. — 2) Einschl. Wohnungen in Nichtwohngebäuden. — 3) Einschl. Wohnfläche von Wohnungen in Nichtwohngebäuden.						

**Verkehr¹⁾ in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens²⁾ und im Land Hessen**

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt bzw. Jahr	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Kraftfahrzeuge	1000	01.01.2012	95	844	737	4 022
dar. Personenkraftwagen	„	01.01.2012	81	676	642	3 373
Personenkraftwagen je 1000 EW	Anzahl	01.01.2012	414	555	446	554
Straßenverkehrsunfälle	„	2011	1 295	6 280	9 251	30 826
dar. mit Personenschaden	„	2011	857	4 476	6 494	22 461
Straßenverkehrsunfälle je 10 000 EW	„	2011	66	52	64	51
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden je 10 000 EW	„	2011	44	37	45	37
Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete	„	2011	4	69	36	263
Verletzte	„	2011	1 101	5 924	8 306	29 740
Getötete je 100 000 EW	„	2011	2,0	5,7	2,5	4,3
Verletzte je 100 000 EW	„	2011	560	487	577	488
1) Quelle bei Kraftfahrzeugen und Personenkraftwagen: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden.						

teil der Erholungsfläche von 11 % auf (kreisfreie Städte: 6,6 %; Hessen: 1,0 %). Dabei entfiel auf die zu den Erholungsflächen zählenden Grünanlagen ein Anteil von 9,5 % an der Stadtfläche. Darunter ragen insbesondere der Bergpark oberhalb des Schlosses Wilhelmshöhe sowie die Karlsaue entlang der Fulda heraus. Ersterer ist ein Landschaftspark mit romantischen Elementen am Rande des Habichtswaldes und gilt als einer der größten und schönsten Bergparks Europas¹¹⁾, über dem die weithin sichtbare Statue des Herkules als herausragendes Wahrzeichen Kassels thront. Im Juni 2013 erhielt der Bergpark den Status als UNESCO-Weltkulturerbestätte. Insbesondere die Karlsaue bietet Platz für Freiluftveranstaltungen wie z. B. den aktuellen Hessentag oder die alle 4 bis 5 Jahre wiederkehrenden documenta-Ausstellungen. Auch die Bundesgartenschau (BUGA) fand bereits zweimal (1955 und 1981) im Uferbereich der Fulda statt. Die Landwirtschaftsfläche nahm lediglich 15 % der Stadtfläche ein (kreisfreie Städte: 23 %) und die Waldfläche 22 % (kreisfreie Städte: 26 %). Letztere entfiel weitgehend auf die bewaldeten Hänge der Ostausläufer des Habichtswaldes.

In Kassel 103 700 Wohnungen für 196 500 Einwohner

In der nordhessischen Großstadt gab es Ende 2011 knapp 30 100 Wohngebäude, wovon annähernd zwei Drittel 1 oder 2 Wohnungen hatten. Dieser Anteil fiel in den hessischen kreisfreien Städten insgesamt mit 58 % etwas kleiner und in Hessen insgesamt (84 %) und v. a. in Nordhessen (88 %) deutlich höher aus. Letztlich verteilte sich die Kasseler Bevölkerung auf insgesamt 103 700 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Damit

kamen – wie in den kreisfreien Städten insgesamt – auf eine Wohnung 1,9 Einwohner. In Nordhessen und Hessen insgesamt entfielen auf eine Wohnung 2,1 Einwohner. In städtischen Siedlungen steht allgemein auch weniger Wohnraum zur Verfügung. So war in Kassel die Wohnfläche je Einwohner mit 40 m² und je Wohnung mit 76 m² ähnlich hoch wie in den hessischen kreisfreien Städten (38 bzw. 74 m²), aber niedriger als in Nordhessen (47 bzw. 97 m²) und Hessen (44 bzw. 92 m²).

Pkw-Dichte Kassels deutlich niedriger als in den hessischen kreisfreien Städten insgesamt

In der Fuldastadt wurde mit der „Treppenstraße“ im Jahr 1953 die erste offizielle Fußgängerzone Deutschlands eröffnet¹²⁾ und im Jahr 1961 erstmals in Deutschland die Parkscheibe eingesetzt¹³⁾. Trotz dieser „Beschränkungen“ für den motorisierten Individualverkehr waren in Kassel Anfang 2012 rund 95 000 Kraftfahrzeuge (Kfz) und darunter 81 000 Personenkraftwagen (Pkw) registriert. Auf 1000 Einwohner kamen somit 414 Pkw. Die Pkw-Dichte war in den kreisfreien Städten mit 446 merklich höher und erst recht in Nordhessen und Hessen (555 bzw. 554). Die Kasseler und nordhessischen Kfz-Zahlen werden allerdings durch die hohe Anzahl von Werksangehörigen des Baunataler VW-Werks im Landkreis Kassel beeinflusst, die über ihren Arbeitgeber ein Fahrzeug leasen und daher das Kennzeichen „WOB“ (für „Wolfsburg“) statt „KS“ (für „Kassel“) führen. Diese Fahrzeuge tauchen in der hessischen Kfz-Statistik nicht auf.

Polizeilich registrierte Straßenverkehrsunfälle sowie solche mit Personenschaden waren – bezogen auf 10 000 Einwohner – in Kassel (66 bzw. 44) und in den kreisfreien Städten (64 bzw. 45) deutlich häufiger als in Hessen (51 bzw. 37) und Nordhessen (52 bzw. 37). Diese führten in

11) Vgl. Freund, B.: Hessen, Gotha, Stuttgart, 2002, S. 301.

12) Vgl. Feldner, U.: Kleine Geschichte der Stadt Kassel, 2010, S. 105.

13) Vgl. ebenda: S. 117.

Tourismus¹⁾ in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens²⁾ und im Land Hessen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	Jahr	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungsbezirk Kassel	Kreisfreie Städte	Hessen
Durchschnittliches Bettenangebot	1000	2011	5,7	80,9	57,3	232,0
	"	2012	6,0	80,4	60,0	232,6
Ankünfte	"	2011	436	2 958	5 302	12 439
	"	2012	500	3 043	5 806	13 026
dar. von Ausländern	"	2011	57	299	1 975	2 978
	"	2012	80	322	2 203	3 237
Übernachtungen	"	2011	772	8 866	9 117	29 016
	"	2012	948	9 054	10 068	29 965
dar. von Ausländern	"	2011	94	744	3 397	5 647
	"	2012	165	816	3 917	6 226
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Tage	2011	1,8	3,0	1,7	2,3
	"	2012	1,9	3,0	1,7	2,3
Bettenauslastung	%	2011	37,2	30,0	43,6	34,3
	"	2012	43,4	30,8	46,0	35,3
Anteil der Ankünfte von Ausländern an den Ankünften insgesamt	"	2011	13,1	10,1	37,3	23,9
	"	2012	16,0	10,6	37,9	24,8
Anteil der Übernachtungen von Ausländern an den Übernachtungen insgesamt	"	2011	12,1	8,4	37,3	19,5
	"	2012	17,4	9,0	38,9	20,8
Durchschnittliches Bettenangebot je 1000 EW	Anzahl	2011	28,9	66,5	39,8	38,1
Ankünfte je 1000 EW	"	2011	2 218	2 431	3 685	2 042
Übernachtungen je 1000 EW	"	2011	3 930	7 286	6 337	4 763

1) Bei Beherbergungsbetrieben, die mehr als 8 (2011) bzw. 9 (2012) Gäste (im Reiseverkehr) gleichzeitig vorübergehend beherbergen. — 2) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden.

den hessischen Großstädten auch häufiger zu Verletzungen (Kassel: 560 Verletzte je 100 000 Einwohner; kreisfreie Städte: 577) als in Hessen (488) und Nordhessen (487). Allerdings hatten die Unfälle in diesen Städten, v. a. in Kassel, seltener tödliche Folgen (Kassel: 2,0 Getötete je 100 000 Einwohner; kreisfreie Städte: 2,5; Hessen: 4,3; Nordhessen: 5,7).

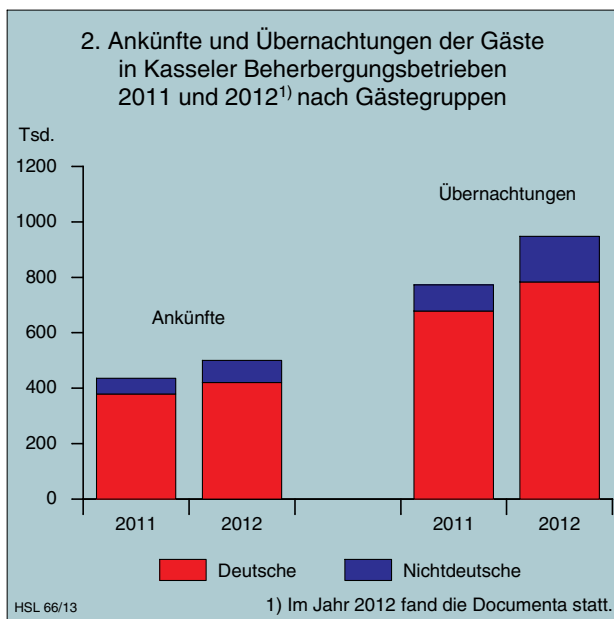
documenta-Ausstellung belebt Fremdenverkehrsstatistik

Mit Prachtbauten kann Kassel hervorragend punkten, auch wenn diese infolge der Kriegszerstörungen wieder rekonstruiert werden mussten. Zu nennen sind hier – neben dem Schloss Wilhelmshöhe in seiner heutigen Nutzung als Museum, das u. a. die Gemäldegalerie Alte Meister enthält, sowie das Oktogon mit der kupfernen Herkulesstatue – insbesondere das Fridericianum als erster reiner Museumsbau auf europäischem Festland, das Ottoneum als erster fester Theaterbau Deutschlands, das heute als Naturkundemuseum genutzt wird, und das Palais Bellevue als Rest des einstigen Schlosses, das das Brüder-Grimm-Museum beherbergt (die von der UNESCO als Welterbe ausgezeichnete

neten Handexemplare der Grimm'schen Kinder- und Hausmärchen befinden sich jedoch in der Kasseler Universitätsbibliothek). Nicht nur zur Muße dient die in der Nachkriegszeit in ein Kongresszentrum für Messen, Tagungen, Konzerte u. Ä. umgebaute Stadthalle. Diese und weitere Angebote führten im Jahr 2011 zu 436 000 Ankünften von Gästen in den Beherbergungsbetrieben der Stadt und zur Buchung von 772 000 Übernachtungen. Dennoch fiel das Fremdenverkehrsaufkommen mit 2200 Ankünften bzw. 3900 Übernachtungen je 1000 Einwohner niedriger aus als in den kreisfreien Städten (3700 bzw. 6300) und Nordhessen (2400 bzw. 7300), lag aber im Hinblick auf die Ankünfte höher als in Hessen insgesamt (2000), nicht jedoch bzgl. der Übernachtungen (Hessen: 4700).

Die Kasseler Fremdenverkehrsstatistik wird durch die alle 4 bis 5 Jahre wiederkehrende Documenta, die renommierteste und erfolgreichste Ausstellung zeitgenössischer Weltkunst in Deutschland¹⁴⁾, beeinflusst. Dieses „Museum der 100 Tage“ fand auf Anregung vom Kasseler Professor A. Bode erstmals im Jahr 1955 im provisorisch instandgesetzten Kasseler Museum Fridericianum statt. Mit dieser inzwischen etablierten Veranstaltungsreihe darf sich Kassel seit 1999 offiziell als documenta-Stadt bezeichnen.

14) Vgl. Kroll, F.-L.: Geschichte Hessens, 2006, S. 108.



Bis zum Berichtsjahr 2011 bestand für Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Gästebetten Auskunftsspflicht. Seit 2012 gilt sie für Unterkünfte mit mindestens 10 Übernachtungsmöglichkeiten. Trotz dieser Berichtsumstellung stieg die Zahl der Ankünfte wie auch die der Übernachtungen in Hessen von 12,4 Mill. bzw. 29,0 Mill. im Jahr 2011 um 4,7 % bzw. 3,3 % auf 13,0 Mill. bzw. 30,0 Mill. im Jahr 2012, wobei die Zuwachsraten in den hessischen kreisfreien Städten deutlich stärker und in Nordhessen etwas geringer ausfielen. In Kassel war die Zahl der Ankünfte und der Übernachtungen im Jahr 2012, in dem die letzte documenta-Ausstellung stattfand, mit 500 000 bzw. 948 000 gar um 15 bzw. 23 % höher als im Vorjahr (siehe Schaubild 2). Für die Documenta interessieren sich auch ausländische Gäste. So stieg die Zahl der Übernachtungen von Nichtdeutschen in Kassel von 94 000 im Jahr 2011 um 76 % auf 165 000 im documenta-Jahr.

Kasseler Industrietradition stark mit dem Namen „Henschel“ verbunden

Kassel zählte im Jahr 2010 rund 144 400 Erwerbstätige (am Arbeitsort). Dies entsprach einem Anteil von 4,6 % an den Erwerbstätigen Hessens (3,1 Mill.). Vom nordhessischen Erwerbsleben mit rund 600 000 Erwerbstätigen konzentrierte sich knapp ein Viertel (24 %) auf die Großstadt. Dementsprechend war die Kasseler Arbeitsplatzdichte mit knapp 1100 Erwerbstätigen je 1000 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren deutlich höher als die von Nordhessen (760). In den hessischen kreisfreien Städten (1180) fiel sie jedoch noch höher aus. Ähnlich verhält es sich bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort), die einen wesentlichen Teil der Erwerbstätigen darstellen. Ende Juni 2012 regis-

trierte Kassel 102 200 Beschäftigte, was einem Anteil von 4,5 % an den 2,3 Mill. Beschäftigten Hessens bzw. von 24 % an den 423 800 Beschäftigten Nordhessens entsprach. Die Stadt profitiert dabei von Einpendlern, und zwar vorwiegend aus dem Umland: Rund 60 700 bzw. 59 % der in Kassel Beschäftigten hatten einen Wohnort außerhalb der Stadtgrenze. Demgegenüber lebten in Kassel 62 500 Beschäftigte, von denen 21 000 bzw. gut ein Drittel (34 %) einen Arbeitsplatz in anderen Verwaltungsbezirken hatten (Auspendler).

Die Zahl der im Wirtschaftsbereich „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ Beschäftigten war in der Fuldastadt Ende Juni 2012 mit 57 erwartungsgemäß klein. Der Sektor „Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)“ beschäftigte 22 600 Personen. Dies entsprach einem Anteil von 22 % der Beschäftigten insgesamt. Dieser war damit zwar kleiner als diejenigen von Nordhessen und Hessen, wo jeder Dritte bzw. jeder Vierte im Produktionssektor arbeitete, aber im Vergleich zu den kreisfreien Städten (15 %) deutlich höher. Spätestens ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren Industriefabriken auch in Kassel verstärkt vorhanden. Dabei war die Entwicklung Kassels zur Industriestadt eng mit dem Aufstieg des Familienunternehmens Henschel verbunden, das sich zunächst auf die Produktion von Dampfkesseln, -maschinen, Feuerspritzen, Kanonen und ab 1848 auf die Herstellung von Lokomotiven spezialisierte. Die Kasseler Lokomotivenfabrik wuchs schließlich zur bedeutendsten von Kontinentaleuropa heran¹⁵⁾. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges dehnte sich das Produktsortiment auf Rüstungsgüter wie Munitionswagen, Geschosse, Zünder, Geschütze und vor dem Zweiten Weltkrieg auch auf Kampfpanzer aus. Daneben stellten die Firmen Junkers und Fieseler Flugzeuge her. Die Rüstungsfabriken waren im Zweiten Weltkrieg wohl der Grund für die bereits ab 1940 stattfindenden Bombenangriffe der britischen Luftwaffe, deren verheerendster in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober 1943 rund 80 % der Gebäudesubstanz Kassels zerstörte¹⁶⁾. In der Nachkriegszeit produzierte Henschel neben Lokomotiven u. a. Lastkraftwagen, Busse, Straßenbaumaschinen, Motoren, aber auch Hubschrauber, bis die Traditionsfirma in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, im Jahr 1957 ihre Selbstständigkeit verlor und in den folgenden Jahren Stück für Stück veräußert wurde. Nichtsdestotrotz halten die Industriebetriebe der Nachfolgeunternehmen sowie weiterer namhafter Konzerne die Bedeutung der traditionellen Industriebranchen aufrecht. So entfielen in Kassel auf den Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen“ ein Anteil von 5,9 % an den Beschäftigten insgesamt (Hessen: 2,6 %) und auf den Wirtschaftszweig „Sonstiger Fahrzeugbau“ ein Anteil von 3,1 % (Hessen: 0,5 %). Auch der Wirtschaftszweig „Energieversorgung“

15) Vgl. ebenda: S. 54.

16) Vgl. Feldner, U.: Kleine Geschichte der Stadt Kassel, 2010, S. 93.

**Erwerbstätigkeit¹⁾ in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens²⁾ und im Land Hessen**

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt bzw. Jahr	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Erwerbstätige (am Arbeitsort)	1000	2010	144,4	602,7	1 140,3	3 136,3
Erwerbstätige (am Arbeitsort) je 1000 EW im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitsplatzdichte)	Anzahl	2010	1 098,6	760,8	1 177,2	779,6
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)	„	30.06.2012	102 194	423 803	868 709	2 272 259
davon im Bereich Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	„	30.06.2012	57	2 346	568	8 109
Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)	„	30.06.2012	22 621	141 135	127 780	574 748
darunter Verarbeitendes Gewerbe	„	30.06.2012	15 656	104 505	87 885	428 870
darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	„	30.06.2012	6 080	22 871	13 703	60 043
Sonstiger Fahrzeugbau	„	30.06.2012	3 129	3 315	7 492	10 977
Energieversorgung	„	30.06.2012	1 775	3 250	8 097	15 633
Dienstleistungen	„	30.06.2012	79 400	279 903	740 209	1 688 506
davon Handel, Gastgewerbe und Verkehr	„	30.06.2012	22 729	100 349	208 230	554 949
davon Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	„	30.06.2012	13 733	61 506	88 764	324 326
Verkehr und Lagerei	„	30.06.2012	5 847	25 888	87 832	159 196
dar. Landverkehr und Transport in Rohrfern- leitungen	„	30.06.2012	3 856	9 406	17 283	39 259
Gastgewerbe	„	30.06.2012	3 149	12 955	31 634	71 427
Information und Kommunikation	„	30.06.2012	2 833	5 781	48 360	81 715
Finanz- und Versicherungsdienstleister	„	30.06.2012	3 504	10 730	96 711	140 133
Grundstücks- und Wohnungswesen	„	30.06.2012	1 188	2 245	15 182	22 293
Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftl. Dienstleister	„	30.06.2012	15 294	41 486	165 603	332 378
dar. Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	„	30.06.2012	5 193	12 128	26 930	55 897
Öff. Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.; Erzieh. und Unterricht; Gesundheits- u. Sozialwesen	„	30.06.2012	28 518	105 815	166 893	472 604
darunter Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung	„	30.06.2012	8 212	26 681	48 413	131 950
Erziehung und Unterricht	„	30.06.2012	6 259	14 431	36 677	83 487
Gesundheitswesen	„	30.06.2012	9 500	37 529	50 587	153 534
Kunst, Unterhaltung und sonstige Dienstleister	„	30.06.2012	5 334	13 497	39 230	84 434
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich ... an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	%	30.06.2012	0,1	0,6	0,1	0,4
Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)	„	30.06.2012	22,1	33,3	14,7	25,3
darunter Verarbeitendes Gewerbe	„	30.06.2012	15,3	24,7	10,1	18,9
darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- teilen	„	30.06.2012	5,9	5,4	1,6	2,6
Sonstiger Fahrzeugbau	„	30.06.2012	3,1	0,8	0,9	0,5
Energieversorgung	„	30.06.2012	1,7	0,8	0,9	0,7

1) Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Erwerbstätigen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Berechnungsstand: August 2011). Bei Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst: Hessisches Statistisches Landesamt. — 2) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden.

Noch: Erwerbstätigkeit¹⁾ in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens²⁾ und im Land Hessen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt bzw. Jahr	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Noch: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich ... an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt						
Dienstleistungen	%	30.06.2012	77,7	66,0	85,2	74,3
davon						
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	„	30.06.2012	22,2	23,7	24,0	24,4
davon						
Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	„	30.06.2012	13,4	14,5	10,2	14,3
Verkehr und Lagerei	„	30.06.2012	5,7	6,1	10,1	7,0
dar. Landverkehr und Transport in Rohrfern- leitungen	„	30.06.2012	3,8	2,2	2,0	1,7
Gastgewerbe	„	30.06.2012	3,1	3,1	3,6	3,1
Information und Kommunikation	„	30.06.2012	2,8	1,4	5,6	3,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	„	30.06.2012	3,4	2,5	11,1	6,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	„	30.06.2012	1,2	0,5	1,7	1,0
Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftl. Dienstleister	„	30.06.2012	15,0	9,8	19,1	14,6
dar. Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	„	30.06.2012	5,1	2,9	3,1	2,5
Öff. Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.; Erzieh. und Unterricht; Gesundheits- u. Sozialwesen	„	30.06.2012	27,9	25,0	19,2	20,8
darunter						
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung	„	30.06.2012	8,0	6,3	5,6	5,8
Erziehung und Unterricht	„	30.06.2012	6,1	3,4	4,2	3,7
Gesundheitswesen	„	30.06.2012	9,3	8,9	5,8	6,8
Kunst, Unterhaltung und sonstige Dienstleister	„	30.06.2012	5,2	3,2	4,5	3,7
Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst ³⁾	Anzahl	30.06.2011	10 422	28 202	57 510	133 257
dar. Arbeitnehmer	„	30.06.2011	4 109	8 882	19 531	36 933
Arbeitslose	„	30.06.2012	8 984	33 610	55 598	175 172
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	30.06.2012	9,2	5,4	.	5,6
1) Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Bei Erwerbstätigen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Berechnungsstand: August 2011). Bei Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst: Hessisches Statistisches Landesamt. — 2) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden. — 3) Beschäftigte mit Dienst- bzw. Arbeitsort in Hessen. — 4) Arbeitslose bezogen auf alle zivile Erwerbspersonen.						

war mit einem Anteil von 1,7 % im Vergleich zu Hessen (0,7 %) überdurchschnittlich bedeutsam.

Im Dienstleistungssektor arbeiteten 78 % der Beschäftigten. Dieser Anteil fiel in den kreisfreien Städten mit 85 % merklich höher und in Nordhessen wie auch in Hessen niedriger aus (66 bzw. 74 %). In den Vergleichsräumen lagen die Anteile der Beschäftigten des zusammengefassten Wirtschaftsabschnitts „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ zwar recht nahe beieinander, und zwar zwischen 22 % in Kassel und 24 % in Hessen, aber in Kassel hob sich beim Regionalvergleich darunter der Wirtschaftszweig „Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen“ besonders hervor (3,8 %; Hessen: 1,7 %). Dies dürfte u. a. damit zusammenhängen, dass die Zentrale des Nordhessischen Verkehrsverbunds (NVV) in der Fuldastadt angesiedelt ist. Auf den Wirt-

schaftsabschnitt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ entfielen in Kassel 3,4 % der Beschäftigten. Dieser fiel in Hessen mit 6,2 % und v. a. in den kreisfreien Städten mit 11 % deutlich höher aus, was insbesondere auf das Bankwesen der Finanzmetropole Frankfurt am Main zurückzuführen ist. Unter dem Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit unternehmensnahen Dienstleistungen (Kassel und Hessen: jeweils 15 %) fällt in Kassel der Wirtschaftszweig „Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften“ mit einem Anteil von 5,1 % auf, der doppelt so hoch war wie in Hessen mit 2,5 %. Ein Blick in Branchenverzeichnisse zeigt, dass unter dem Suchbegriff „Zeitarbeit“ rund 40 Kasseler Zeitarbeits- und Personaldienstleistungsunternehmen aufgeführt sind. Im Wirtschaftsabschnitt „Kunst, Unterhaltung

**Wirtschaft und Bildung in der kreisfreien Stadt Kassel, im Regierungsbezirk Kassel,
in den kreisfreien Städten Hessens¹⁾ und im Land Hessen**

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	Zeitpunkt, -raum bzw. Jahr	Kreisfreie Stadt Kassel	Regierungs- bezirk Kassel	Kreis- freie Städte	Hessen
Wirtschaft²⁾						
Bruttoinlandsprodukt ³⁾	Mill. Euro	2010	8 454	35 793	89 595	220 658
Bruttoinlandsprodukt ³⁾ je EW	Euro	2010	43 418	29 285	63 502	36 387
Bruttoinlandsprodukt ³⁾ je Erwerbstätigen	"	2010	58 550	59 386	78 571	70 355
Bruttowertschöpfung ³⁾	Mill. Euro	2010	4 848	32 036	80 190	197 495
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	2009	3 301	22 554	27 178	120 980
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner	Euro	2009	16 998	18 368	19 391	19 956
Gesamtbetrag der Einkünfte der Einkommen- und Lohnsteuerpflichtigen	Mill. Euro	2007	2 514	16 293	24 927	101 627
Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen	Euro	2007	27 193	28 166	36 013	34 560
Bildung						
Studierende an Universitäten ⁴⁾	Anzahl	WS ⁵⁾ 2012/13	21 524	21 524	91 077	139 800
Studierende an Fachhochschulen ⁶⁾	"	WS ⁵⁾ 2012/13	294	12 260	42 205	69 863
1) Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main, Wiesbaden. — 2) Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Län- der“ (Berechnungsstand: August 2011). Bei Einkünften: Hessisches Statistisches Landesamt. — 3) In jeweiligen Preisen. — 4) Theologische und Kunst- hochschulen sind nicht inbegriffen. — 5) Wintersemester. — 6) Ohne Berücksichtigung von Verwaltungsfachhochschulen.						

und Erholung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen¹⁷⁾ waren 5,2 % der Arbeitnehmer beschäftigt und damit im Vergleich zu Hessen (3,7 %) und zu den kreisfreien Städten (4,5 %) überdurchschnittlich viele. Eine herausragende Rolle kommt in Kassel dem zusammengefassten Abschnitt „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen“ (oder kurz „Öffentliche und private Dienstleister“) zu, in der knapp 28 % der Beschäftigten tätig waren (Hessen: 21 %; kreisfreie Städte: 19 %). Darunter ragten die Wirtschaftsabteilungen „Gesundheitswesen“ mit 9,3 % (Hessen: 6,8 %; kreisfreie Städte: 5,8 %), „Erziehung und Unterricht“ mit 6,1 % (Hessen: 3,7 %; kreisfreie Städte: 4,2 %) und „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ mit 8,0 % (Hessen: 5,8 %; kreisfreie Städte: 5,6 %) hervor.

Die Bedeutung Kassels als Verwaltungszentrum Nordhessens wird auch durch die Statistik des Personalstandes im öffentlichen Dienst belegt. So waren Ende Juni 2011 von den 28 200 Beschäftigten des unmittelbaren hessischen Landesdienstes im Regierungsbezirk Kassel (einschl. der Beamten sowie der Mitarbeiter der Mittelbehörden des Regierungsbezirks) rund 10 400 bzw. 37 % in der gleichnamigen Hauptstadt tätig. Berücksichtigt man davon nur die Arbeitnehmer¹⁸⁾, entfielen auf Kassel 4100 bzw. 46 % der 8900 in Nordhessen tätigen Arbeitnehmer im unmittelbaren Landesdienst. Neben den Mittelbehör-

den spielt die Landesverwaltung eine bedeutende Rolle. So sind, neben Abteilungen der Landesministerien, auch das hessische Finanzgericht, der hessische Verwaltungsgerichtshof und der hessische Landeswohlfahrtsverband in Kassel angesiedelt. Darüber hinaus befindet sich das Bundessozialgericht seit 1954 in der nordhessischen Großstadt, wohingegen das Bundesarbeitsgericht im Jahr 1999 nach Erfurt verlegt wurde.

Nach dem deutschen Wirtschaftswunder machten sich in der nordhessischen Großstadt wirtschaftliche Schwierigkeiten bemerkbar. So verloren noch in den Fünfzigerjahren 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz bei der Firma „Henschel und Sohn“, nachdem dieses in Zahlungsschwierigkeiten geriet und der Familienbesitz an ein Konsortium abgegeben werden musste¹⁹⁾. In der Folgezeit stellte der bundesweit zu beobachtende Strukturwandel, der mit einem Rückgang des Produktionssektors zugunsten des Dienstleistungssektors einherging, in Kassel mit der vergleichsweise starken Industriepräsenz eine schwere Herausforderung dar. Ende Juni 2012 waren in der documenta-Stadt beinahe 9000 Personen arbeitslos gemeldet. Daraus errechnete die Bundesagentur für Arbeit eine (auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogene) Arbeitslosenquote von 9,2 %. Diese übertraf damit diejenigen des Regierungsbezirks Kassel (5,4 %) und Hessens (5,6 %). Von den hessischen kreisfreien Städten hatte nur Offenbach am Main eine höhere Arbeitslosenquote (10,4 %). Allerdings sank die Arbeitslosenquote in der documenta-Stadt seit Ende Juni 2005 (19,5 %) um 10,3 Prozentpunkte und damit mehr als die Hälfte. Dieser Rückgang war deutlich stärker als im Landesdurchschnitt (- 3,9 Prozentpunkte).

17) Einschl. der Wirtschaftsabschnitte „Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt“ und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“.

18) Angestellte und Arbeiter.

19) Vgl. Feldner, U.: Kleine Geschichte der Stadt Kassel, 2010, S. 114.

Kassel erzeugte im Jahr 2010 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 8,5 Mrd. Euro. Damit trug die Stadt mit einem Anteil von 3,8 % zum Gesamtwert aller in Hessen erzeugten Waren und Dienstleistungen von 220,7 Mrd. Euro bei. Der entsprechende Anteil am BIP von Nordhessen (35,8 Mrd. Euro) betrug 24 %. Aufgrund der hohen Arbeitsplatzdichte, verbunden mit einem Einpendlerüberschuss, fiel das BIP je Einwohner in Kassel mit 43 400 Euro höher aus als in Hessen (36 400 Euro) und Nordhessen (29 300 Euro). Diese Kennzahl war aber um knapp ein Drittel niedriger als in den kreisfreien Städten (63 500). Beim BIP je Erwerbstätigen hatte Kassel mit 58 600 Euro den niedrigsten Wert unter den Vergleichsräumen. Gegenüber Hessen und den kreisfreien Städten dürfte dies auf das in Kassel vergleichsweise schwache Gewicht der Finanz- und Versicherungsdienstleister, die häufig ein hohes Wertschöpfungspotenzial aufweisen, zurückzuführen sein, und gegenüber Nordhessen auf das schwache Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes mit vergleichsweise hohem Wertschöpfungspotenzial. Hinzu kommt, dass in der Fuldastadt gegenüber allen Vergleichsräumen der in der Regel über ein vergleichsweise niedriges Wertschöpfungspotenzial verfügende Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ stark präsent ist.

Auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner – eine Maßzahl, die sich ebenfalls aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herleiten lässt – war in Kassel im Jahr 2009 mit 17 000 Euro unter den Vergleichsräumen am niedrigsten (Hessen: 20 000 Euro). Ähnliches kann auch im Hinblick auf den Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen festgestellt werden. Diese aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik abgeleitete Kennzahl wies für die Fuldastadt im Jahr 2007

einen Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 27 200 Euro je Steuerpflichtigen aus (Hessen: 34 600 Euro).

Seit 2003 gilt Kassel als Universitätsstadt

Bereits 1633 gründete Landgraf Wilhelm V. eine Universität in Kassel, weil Oberhessen mit der Universitätsstadt Marburg zeitweise von Hessen-Kassel abgetrennt war. Diese hatte allerdings nur 2 Jahrzehnte Bestand²⁰⁾. Ein ähnliches Schicksal ereilte das 1709 errichtete Collegium illustre Carolinum, das als erste Technische Hochschule Deutschlands²¹⁾ gilt. Sie musste nach einigen Jahrzehnten ihren Lehrbetrieb einstellen.

Um die unbefriedigende Hochschulinfrastruktur in Nordhessen zu verbessern, wurde 1970 die Gründung einer integrierten Gesamthochschule als neuartiger Universitätstyp mit Modellcharakter beschlossen²²⁾. Diese sollte aus mehreren bestehenden Institutionen hervorgehen, ausbildungsübergreifende Lehrangebote präsentieren und sowohl den Universitäts- als auch den Fachhochschulabschluss ermöglichen²³⁾. Ihren Lehrbetrieb nahm sie im Wintersemester 1971/72 mit den Studienschwerpunkten Natur- und Ingenieurwissenschaften, Umweltforschung, Landwirtschaft und Lehrerausbildung auf. Seit 2003 darf sich die Gesamthochschule als Universität bezeichnen, und inzwischen gilt sie als einer der größten regionalen Arbeitgeber. Seit 2005 ist die Universität Kassel auch Mehrheitsgesellschafter der vorherigen „Kassel International Management School (KIMS)“, die nun UNIKIMS heißt und als universitäre Weiterbildungseinrichtung Qualifizierungsangebote auf Bachelor- und Masterniveau anbietet²⁴⁾. An der Universität Kassel waren zu Beginn des Wintersemesters 2012/13 rund 21 500 Studierende eingeschrieben. Damit bewegt sie sich annähernd in der Größenordnung der Universitäten von Gießen (25 800), Darmstadt (24 100) und Marburg (22 900). Des Weiteren gibt es in der Fuldastadt die CVJM Hochschule Kassel, die als einzige Fachhochschule Nordhessens fungiert und an der 294 Studierende angemeldet waren.

20) Vgl. ebenda: S. 132.

21) Vgl. Kroll, F.-L.: Geschichte Hessens, 2006, S. 35.

22) Vgl. ebenda: S. 99f.

23) Vgl. Freund, B.: Hessen, Gotha, Stuttgart, 2002, S. 303.

24) Vgl. Feldner, U.: Kleine Geschichte der Stadt Kassel, 2010, S. 194.

Nach dem UDV ist vor dem UDV

Der erste Teil des ersten Upstream Dialogue Visits in Deutschland führte Eurostat nach Hessen

Etwas Pathos darf schon sein, eingedenk des tatsächlichen Bezugs zur griechischen Tragödie und des angestrebten Ethos: Ein Hauch von europäischer Geschichte wehte im Juni dieses Jahres durch Wiesbaden und streifte auch das Hessische Statistische Landesamt (HSL). Die Europäische Kommission – Eurostat führte vom 18. bis 21. Juni den ersten Teil des ersten „EDP-GFS Upstream Dialogue Visits“ (UDV) in Deutschland durch und war hierzu nach Wiesbaden gekommen. Teil 2 des UDV wird im Herbst in Berlin und Brandenburg durchgeführt werden.

Die Entwicklungen im Zuge der globalen Banken-, Finanz- und Staatskrise(n) haben die verbindliche Einhaltung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Existenzfrage der Europäischen Union und insbesondere ihrer Währungsgemeinschaft werden lassen. Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird im Rahmen des „Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ (VÜD; Excessive Deficit Procedure – EDP) anhand der beiden nachhaltigen „Maastricht-Kriterien“ – Defizitquote und Schuldenstandsquote – gemessen und beurteilt. Für die Durchführung des VÜD sind daher die Finanzstatistiken von grundlegender Wichtigkeit und müssen in ihrer Qualität sowie in ihren Methoden und deren Umsetzung die Gewähr für eine zuverlässige und gleichmäßige Messung und Beurteilung der Haushaltsdefizite und der Schuldenstände der Mitgliedstaaten bieten. So wurden auch die Anforderungen an die methodische Fundierung und Sicherung der Qualität der Finanzstatistiken verschärft. Die für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit benötigten Finanzstatistiken sind seit 2009, nach dem Erlass der sogenannten „Staatsfinanzmeldeverordnung“ [Verordnung (EG) Nr. 479/2009, geändert durch Verordnung (EU) Nr. 679/2010]] besonders weitgehenden Prüfungsrechten durch die Europäische Kommission – Eurostat unterworfen.

Eurostat hat gestützt auf diese und nachfolgende, ändernde und ergänzende Rechtsakte der Europäischen Union¹⁾, regelmäßige „Gesprächsbesuche“ in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchzuführen, um die Qualität der Daten und Datenprozesse der sogenannten Staats-Finanzstatistiken (Government Finance Statistics, GFS) zu überprüfen sowie die akkurate Umsetzung der methodischen und die verbindliche Einhaltung

1) Zu den zahlreichen Rechtssetzungen der Europäischen Union im Zuge der Krise bietet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2012/13 „Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland“ eine gute Übersicht.

der qualitativen europäischen Vorgaben zu bewerten. Die Beurteilung der Daten und Datenprozesse hat dabei über die gesamte Kette der Datenproduktion und -lieferungen, vom Rechnungswesen der Gemeinden und der staatlichen Unternehmen und Institutionen, über die statistischen Landesämter, bis zur Lieferung der Daten an Eurostat, zu erfolgen. Vorrangiges Ziel ist es dabei, Probleme und Risiken in diesem „Daten-Upstream“ zu erkennen und auszuschalten. Dass diese bestehen, wurde spätestens mit dem „Sündenfall Griechenland“ offenbar, wo schon die Basis für belastbare Finanzstatistiken durch den Mangel an verbindlichen Systemen des öffentlichen Rechnungswesens fehlte.

Nun also in diesem Jahr war es soweit: der erste „EDP-Upstream Dialogue Visit“ durch Eurostat in Deutschland und dessen erster Teil vom 18. bis 21. Juni in Wiesbaden. Durch den Standort des Statistischen Bundesamtes kam „naheliegender“ Weise Hessen, dem hessischen „Upstream“, eine besondere Rolle in dieser Premiere zu, deren Programm dann so aussah:

18. Juni: Gespräche mit Statistischem Bundesamt, Bundesrechnungshof, Bundesministerium der Finanzen, Deutscher Bundesbank;

19. Juni: Gespräche mit HSL, Hessischem Rechnungshof, Hessischem Ministerium der Finanzen, Hessischem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung;

20. Juni: Gespräche mit ekom21-Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Landkreis Rheingau-Taunus, Verwaltungsverband Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Dieburg, Landeshauptstadt Wiesbaden, Hochschule RheinMain;

21. Juni: den ersten Teil des UDV-Deutschland abschließendes, bilaterales Gespräch mit dem Statistischen Bundesamt.

Die Vertreter/-innen der Europäischen Kommission – Eurostat, des Statistischen Bundesamtes (Destatis) und des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) beim ersten GFS-UDV der Europäischen Kommission am 19./20. Juni 2013 im HSL



Von links nach rechts: Herr Hayes (Eurostat, Gruppe D 4), Herr Rapior (HSL, Leiter der Abteilung V), Herr Lequiller (Eurostat, Direktor der Direktion D, GFS), Herr Hustava (Eurostat, D 4), Frau Wozowczyk (Eurostat, D 3, EDP II), Fr. Zammit (Eurostat, D 4), Herr Varjas (Eurostat, D 4), Herr Forster (Destatis, Leiter der Gruppe D2; Staatssektor, EU-Stabilitätspakt), Herr Dr. Buck (HSL, Leiter des Referats V-A, Finanz- und Steuerstatistiken), Frau Leidel (Destatis, F3), Frau Dr. Figgenger (HSL, Präsidentin), Frau Rückner (Destatis, Leiterin der Gruppe F3; Qualitätssicherung öffentliche Haushalte und Unternehmen), Frau Balsys (HSL, Leiterin des Sachgebiets V-A 1, Öffentliche Finanzen) und Herr Makaronidis (Eurostat, Leiter der Gruppe D 4, GFS Qualitätsmanagement und staatliche Rechnungslegung)

Auftakt und Abschluss des ersten UDV fanden im Statistischen Bundesamt statt. Die Gespräche am 19. und 20. Juni zum hessischen „Upstream“ wurden im HSL jeweils einzeln mit den beigeladenen Institutionen, im Beisein der Vertreter/-innen des HSL – am ersten Tag auch unter Begleitung durch den Hessischen Rechnungshof – durchgeführt. Dabei wurden mit den von Eurostat 4 Wochen vor Beginn des UDV bestimmten Institutionen²⁾ deren Arbeiten am und Beiträge zum „finanzstatistischen Datenstrom“ intensiv erörtert.

Eurostat konzentrierte sich in den Gesprächen insbesondere auf folgende Aspekte:

- bestehende Systeme der Rechnungslegung (kassenbasierte Buchführung, Buchführung mit Periodenabgrenzung, andere Systeme der Rechnungslegung) und ihre interne und externe Prüfung;
- Ermittlung und Messung von Rückständen, Verpflichtungen und Außenständen von Zahlungen sowie von Verbindlichkeiten und Fremdfinanzierungen;
- Erhebung und Aufbereitung der Daten, Verwaltungsverfahren, Überwachungs-, Kontroll- und IT-Systeme;
- Vollständigkeit der Erfassung der staatlichen Einheiten in der Abgrenzung des Sektors Staat gem. dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG);
- Verfahren der Qualitätssicherung und -kontrolle bei der Datenerstellung; Förderung einer guten Praxis;

²⁾ Die Vorbereitung des UDV in Deutschland und in Hessen erfolgte wesentlich in dem durch Eurostat festgelegten, allgemein geltenden formalen Verfahren: https://webgate.ec.europa.eu/fpfis/mwikis/GFS/index.php/Procedures_for_EDP_Upstream_Dialogue_visits

- Adäquate Erfüllung der ESVG-Anforderungen der vorgelagerten Daten der öffentlichen Finanzen;
- Meldeverfahren, Datenübermittlung an die statistischen Ämter (direkt oder indirekt über eine weitere Einheit/Institution; manuelle, automatische oder halbautomatische Übermittlung, Häufigkeit, Einhaltung der Meldetermine);
- Bewertung potenzieller Risiken der Datenquellen, der angewandten Verfahren und Methoden.

Mit den von Eurostat festgelegten und in dessen Auftrag vom HSL eingeladenen Institutionen fanden Einzelgespräche statt. Den Vorsitz bei den Gesprächen führte für Eurostat der Leiter des Direktorats D – Government Finance Statistics (GFS), Herr Direktor François Lequiller. Regelmäßig folgten den Eigenvorstellungen der Institutionen und ihrer Beiträge zum GFS-Upstream ein Block von Fragen durch Herrn Makaronidis und dann weitere Fragen aus der Delegation. Herr Lequiller betonte zu Beginn jedes der Einzelgespräche den Dialogcharakter der Gespräche, dass diese nicht zu Kontrollzwecken, sondern zum Kennenlernen und zur Beurteilung der Datenprozesse in der Kette des Daten-Streams von den untersten staatlichen Einheiten bis zu Eurostat durchgeführt werden. Die im HSL anwesenden Vertreter/-innen der Statistischen Ämter des Bundes und des Landes hatten bei allen Gesprächen Rede- und Fragerecht.

Um Eurostat die zwangsläufig doch sehr abstrakten Beschreibungen der Datenprozesse und Arbeitsschritte anschaulich und verständlich zu machen, wurde der Delegation das Angebot von Vor-Ort-Besuchen bei

Kleines Glossar

BKM	Berichtskreismanagement im Rahmen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG)
EDP	Excessive Deficit Procedure: Verfahren bei einem übermäßigen Defizit
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
FPStatG	Finanz- und Personalstatistikgesetz
GFS	Government Finance Statistics: Finanzstatistik des „Sektors Staat“
Destatis	Statistisches Bundesamt

den für die Government Finance Statistics relevanten Arbeitsteams des HSL unterbreitet. Dieses Angebot wurde gern angenommen. Schon am Nachmittag des ersten Tages besuchte dann ein Teil der Delegation die Arbeitsgruppen der Finanzstatistiken und der Schuldenstatistiken sowie die für die Abgrenzung der öffentlichen Bestimmtheit sowie des Sektors Staats³⁾ zuständige Arbeitsgruppe. Die Gespräche waren von gegenseitigem Respekt, hohem wechselseitigem Interesse und starkem Bemühen um Verständigung geprägt. Es ging schließlich um für Europa wichtige Fragestellungen.

Wenige Tage nach dem abschließenden UDV-Gespräch am 21. Juni im Statistischen Bundesamt hat Eurostat seine ersten vorläufigen Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus dem ersten Teil des EDP-UDV in Deutschland Destatis zur Stellungnahme zugeleitet.

Eurostat hat diese in 21 an das Statistische Bundesamt gerichtete Aktionspunkte gefasst, die aus hessischer Sicht zumindest keine unmittelbaren Maßnahmen und Stellungnahmen erforderlich werden lassen. Mittelbar aber, dies ist den Verantwortlichen für die Finanzstatistiken in Hessen und wohl allen Beteiligten aus den Gesprächen deutlich geworden, verlangt die besondere

3) Das Berichtskreismanagement (BKM) wurde am 18. April 2013 mit der Änderung des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz - FPStatG) als gesetzliche Aufgabe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verankert. Zitat aus der Gesetzesbegründung: „Zur Erfüllung der europäischen und nationalen Anforderungen an Qualität und Transparenz müssen Finanzströme und -bestände innerhalb des Staatssektors und auch zwischen Einheiten des Sektors Staat und dem öffentlichen bzw. privaten Sektor vollständig erfasst und richtig klassifiziert werden. Ermöglicht wird dies durch die Einführung einer einheitlichen Datenbank zum Berichtskreismanagement.“ [Gesetzentwurf der Bundesregierung – Bundestagsdrucksache 17/12640 – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes] Zur Komplexität der damit verbundenen und definierten gesetzlichen Aufgabe siehe auch die Hintergrundinformation zum „Sektor Staat“ in diesem Beitrag.

4) Die Feststellungen Eurostats (findings) können zu gegebener Zeit unter folgendem Link eingesehen werden: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/excessive_deficit/eurostat_edp_visits_member_states

europäische Qualitätsoffensive hinsichtlich der Daten der Finanzstatistiken notwendige Anpassungen an die neuen Anforderungen und zielgerichtete Weiterentwicklungen. Vorrangig ist hierzu die Etablierung eines systematischen Qualitätsmanagements für die bestehende Verwaltungspraxis der finanzstatistischen Datensammlungen erforderlich, das über das HSL hinaus den gesamten finanzstatistischen Daten-Upstream stringent und nachvollziehbar sichert und seine Prozesse und ihre Qualitätssicherungen transparent darstellt.

Der zweite Teil der EDP-UDV Germany 2013 wird vom 22. bis 25. Oktober in Berlin und Brandenburg stattfinden. Erst nach Abschluss dieser Besuche wird Eurostat dann seinen Bericht über die EDP-GFS-Datenprozesse in Deutschland und zu ihren Problemen und Risiken abfassen, dabei aber zu den einzelnen Ländern, Kommunen oder zu einzelnen Institutionen keine Feststellungen treffen, sondern diese in einer Zusammenschau für den deutschen Upstream auf der Länder- und Kommunal-ebene darstellen und bewerten.

Die schlussendlichen Feststellungen Eurostats aus allen im Rahmen des ersten Upstream Dialogue Visits in Deutschland geführten Gesprächen, die sogenannten „Findings“, werden, nachdem allen Beteiligten nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, auf der Homepage der Europäischen Kommission – Eurostat veröffentlicht⁴⁾.

Das europäische Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (VÜD)

Nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) verpflichtet, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden (Artikel 104). Mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung in den teilnehmenden Mitgliedstaaten wurde diese Pflicht durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt bekräftigt. Eine Überschreitung bestimmter Grenzwerte in einem Mitgliedstaat löst das sogenannte „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ aus, an dessen Ende Geldbußen in Milliardenhöhe fällig werden können.

Die einzuhaltenden Grenzwerte (Maastrichtkriterien) sind in dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit definiert, das dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigelegt ist:

- 3 % für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen;
- 60 % für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Nähere Ausführungsbestimmungen zu den Daten für das Protokoll bei einem übermäßigen Defizit enthält die Verordnung Europäische Gemeinschaft (EG) 479/2009 des Rates, zuletzt geändert durch die Verordnung Europäische Union (EU) 679/2010 des Rates. Danach sind die für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit notwendigen Jahresdaten jeweils vor dem 1. April und vor dem 1. Oktober eines Jahres an die Europäische Kommission zu liefern. Diese Daten werden von der Europäischen Kommission (Eurostat) überprüft und dann veröffentlicht.

Die Notifikationstabellen und ausführliche methodische Erläuterungen finden sich auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/EUStabilitaetspakt/Aktuell.html>

Sektor Staat – Was ist „staatlich“?

Für die korrekte statistische Messung von Defizitquote und Schuldenstandquote kommt offensichtlich der akkuraten Klassifizierung der staatlichen Einheiten elementare Bedeutung zu. Die Zuordnung bzw. Nicht-Zuordnung von statistischen Einheiten – also Körperschaften, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen, Fonds und dgl. – zum „Sektor Staat“ ist daher die wichtigste Basisarbeit, die für die Zwecke der europäischen Finanzstatistik zu leisten ist. Sie muss nach den europäischen Vorgaben auf der Grundlage der jeweils aktuellen Abgrenzungen und Definitionen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) erfolgen.

Definition des Sektors Staat nach dem ESVG (1995)

Der Sektor Staat (S. 13) umfasst alle institutionellen Einheiten, die zu den sonstigen Nichtmarktproduzenten zählen, deren Produktionswert für den Individual- und Kollektivkonsum bestimmt ist, die sich primär mit Zwangsabgaben von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen:

- a. Öffentliche Körperschaften, die für die Allgemeinheit nichtmarktbestimmte Güter und Dienstleistungen bereitstellen und finanzieren. Nicht dazu zählen öffentliche Produzenten in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften oder mit besonderem Statut, das ihnen Rechtspersönlichkeit verleiht, oder in Form von Quasi-Kapitalgesellschaften, sofern sie den nichtfinanziellen oder finanziellen Kapitalgesellschaften zugeordnet werden.

- b. Organisationen ohne Erwerbszweck mit eigener Rechtspersönlichkeit, die hauptsächlich nichtmarktbestimmte Waren und Dienstleistungen produzieren, vom Staat kontrolliert werden und deren Hauptmittel (außer aus Verkaufserlösen) aus Zuwendungen von öffentlichen Körperschaften stammen.

- c. Rechtlich selbstständige Pensionskassen, wenn die Teilnahme an ihnen verbindlich ist und wenn der Staat die Beiträge und Leistungen festlegt und insofern unabhängig von seiner Aufsichtsfunktion einen Teil der Leitung übernimmt.

Der Sektor Staat gliedert sich in 4 Teilsektoren:

a) Bund (Zentralstaat) (S. 1311);

b) Länder (S. 1312);

c) Gemeinden (S. 1313);

d) Sozialversicherung (S. 1314).

Schon diese, dem „Handbuch zum ESVG 1995“ (Seite 10) entnommene Definition lässt die Komplexität der Aufgabe erkennen. Wie viel an hoher fachlicher Versiertheit zu ihrer Durchführung erforderlich ist, wird aber besonders eindrucksvoll durch das komplette „Handbuch zum ESVG 1995: Defizit und Schuldenstand des Staates“ deutlich. Es umfasst 234 Seiten: Europäische Kommission – Eurostat, Handbuch zum ESVG 1995, Luxemburg, 2002; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-42-02-585/DE/KS-42-02-585-DE.PDF

Zentrale Normen der Upstream Dialogue Visits

Verordnung (EU) 679/2010, Artikel 11:

(1) Die Kommission (Eurostat) unterhält einen ständigen Dialog mit den statistischen Behörden der Mitgliedstaaten. Hierzu führt die Kommission (Eurostat) in allen Mitgliedstaaten regelmäßige Gesprächsbesuche und gegebenenfalls methodenbezogene Besuche durch.

(2) Wenn die Kommission (Eurostat) Gesprächsbesuche und methodenbezogene Besuche durchführt, übermittelt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre vorläufigen Feststellungen zur Stellungnahme.

Verordnung (EU) 679/2010, Artikel 11a:

Die Gesprächsbesuche dienen der Überprüfung der gemeldeten tatsächlichen Daten nach Artikel 8, der Untersuchung methodischer Fragen, der Erörterung der in den Aufstellungen beschriebenen statistischen Verfahren und Quellen sowie der Beurteilung, ob die Verbuchungsregeln eingehalten wurden. Die Gesprächsbesuche sind dazu zu nutzen, um Risiken

oder potenzielle Probleme bei der Qualität der gemeldeten Daten zu ermitteln.

Verordnung (EU) 679/2010, Artikel 16:

(1) ... Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nationalen Statistikämter Zugang zu allen für die Erfüllung dieser Aufgaben sachdienlichen Informationen erhalten.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die für die Meldung der tatsächlichen Daten an die Kommission (Eurostat) und der zugrundeliegenden Haushaltsdaten verantwortlichen Institutionen und Beamten rechenschaftspflichtig sind und nach den in Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 festgelegten Grundsätzen [*fachliche Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Objektivität, Zuverlässigkeit, statistische Geheimhaltung, Kostenwirksamkeit*] handeln.

Aufgrund der hohen Qualität der deutschen amtlichen Statistik, die ja ihre Wurzeln in der traditionell guten und bewährten Verwaltungspraxis der öffentlichen Haushalte hat, konnte sich der deutsche Daten-Upstream zu den Government Finance Statistics im ersten Teil des EDP-GFS-UDV Germany 2013 sicherlich gut aufgestellt gegenüber Eurostat präsentieren. Doch haben die Gespräche den Verantwortlichen im HSL auch verdeutlicht, dass sich in Hinblick auf formalisierte Festlegungen, persönliche Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten sowie die Prüfungen der Korrektheit der Datentransfers aus dem Rechnungswesen in die statistischen Erhebungen, die Abläufe in ihrer Qualität noch stärker sichern, noch stringenter darstellen und fassen lassen. Da die Besuche der Europäischen Kommission – Eurostat regelmäßig stattfinden werden, ist somit aus hessischer Sicht nach dem – durchaus mit Spannung erwarteteten ersten – UDV zwar eine gewisse Erleichterung, aber keine tiefe Entspannung eingetreten: Nach dem UDV ist vor dem nächsten UDV.

Hochschulstandort Hessen

Hessen bietet mit über 30 Hochschulen umfangreiche Studienmöglichkeiten. Über die Hälfte der hier Studierenden sind Landeskinder, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Hessen erworben haben. Auch für Studierende aus dem Ausland scheint Hessen als Studienort attraktiv zu sein; 9,0 % der eingeschriebenen Studenten haben ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben. Der Frauenanteil unter den hessischen Studierenden liegt aktuell bei 46 %, ist aber an den einzelnen Hochschulen stark abhängig vom Fächerangebot. Im Wintersemester (WS) 2012/13 waren an den hessischen Hochschulen 215 200 Studierende eingeschrieben, 3,0 % mehr als im WS 2011/12. Seit dem WS 2008/09 war dies der fünfte Anstieg der Zahl der Studierenden in Folge. Die Studierendenzahl im ersten Hochschulsemester sank – verglichen mit dem Vorjahr – zum ersten Mal seit 6 Jahren wieder, was allein auf eine abnehmende Zahl von männlichen Studierenden zurückzuführen ist. Dennoch war die Zahl der Studierenden insgesamt so hoch wie noch nie, da die geringer besetzten Jahrgänge nun als Absolventen die Hochschulen verlassen.

Die hessische Hochschullandschaft

Aktuell gibt es in Hessen 36 Hochschulen an 47 Standorten. Darunter befinden sich 7 Universitäten und 14 Fachhochschulen, die eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung bieten und an denen die Dauer des Studiums im Durchschnitt kürzer ist als an einer wissenschaftlichen Hochschule. Es kommen noch 6 Theologische Hochschulen und 3 Kunsthochschulen sowie 6 Verwaltungsfachhochschulen hinzu. Von den in Hessen angesiedelten 36 Hochschulen befinden sich 12 in der Trägerschaft des Landes Hessen. Darüber hinaus gibt es 2 hessische Hochschulkliniken mit 3 Standorten: das Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, mit Standorten in Gießen und Marburg, und das Universitätsklinikum in Frankfurt am Main.

In den vergangenen Jahren ließ sich ein Trend hin zu mehr Hochschulen feststellen, vor allem bei den Fach- und Verwaltungsfachhochschulen sowie den Theologischen Hochschulen.

In Frankfurt am Main fast ein Drittel aller hessischen Studierenden eingeschrieben

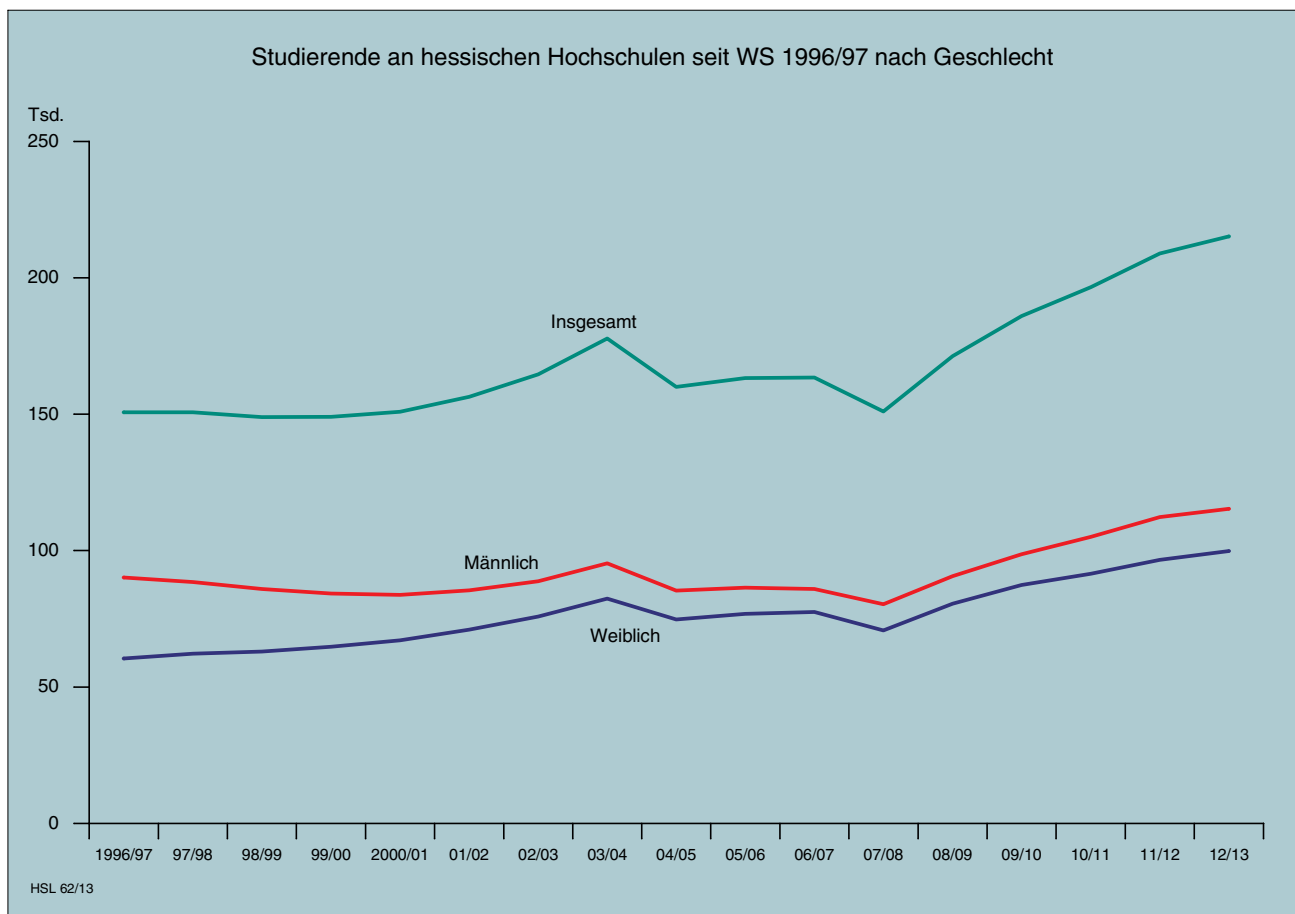
An den Hochschulen in Hessen waren im WS 2012/13 rund 215 200 Studenten eingeschrieben. Knapp zwei Drittel der Studierenden in Hessen waren an einer der 7 Universitäten immatrikuliert, gefolgt von den Fachhochschulen, an denen 32 % der hessischen Studenten studierten. An den übrigen 3 Hochschularten (Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen, Verwaltungsfachhochschulen) waren die restlichen 3,0 % der Studenten eingeschrieben. Im Laufe der letzten 15 Jahre ließ sich hier eine anhaltende Verschiebung der Studierenden weg von den Universitäten hin zu den Fachhochschulen erkennen. Im WS 1997/98 waren bei einer Studentenschaft von 150 700 Studierenden noch über 70 % der Studenten an einer Universität oder Gesamt-

hochschule und nur gut 24 % an einer Fachhochschule eingeschrieben.

Bedeutendster Hochschulstandort in Hessen ist die Stadt Frankfurt am Main. Die Stadt deckt mit ihren 7 Hochschulen fast die komplette Bandbreite der in Hessen vorkommenden Hochschularten ab. Dabei ist die Anzahl der Hochschulen auch dafür verantwortlich, dass in Frankfurt mit knapp 56 400 Studierenden ein Viertel aller hessischen Studenten eingeschrieben ist. Nach Frankfurt am Main sind die Städte Kassel mit 5 Hochschulen sowie Gießen und Wiesbaden mit jeweils 4 Hochschulstandorten von Bedeutung.

Die größte Hochschule des Landes ist die Goethe-Universität in Frankfurt; im letzten Wintersemester studierte hier knapp ein Fünftel der hessischen Studenten. Im Gegensatz dazu stand die Lutherisch-Theologische Hochschule in Oberursel, die mit rund 30 Studenten Hessens kleinste Hochschule war.

Im WS 2012/13 waren über die Hälfte (54 %) der Studierenden männlich. Je nach Fächerangebot der Hochschule ist die Zusammensetzung der Studentenschaft bezogen auf das Geschlecht sehr unterschiedlich. An den Universitäten sind insgesamt etwas mehr Frauen (51 %) als Männer eingeschrieben. Dabei war der Anteil der Frauen an der Frankfurt School of Finance & Management und an der Technischen Universität Darmstadt mit rund 27 bzw. 28 % am geringsten. Am höchsten war er an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, hier waren über 60 % der Studierenden weiblich. Dies hat vor allem mit den hier vorrangig angebotenen Fächergruppen „Sprach- und Kulturwissenschaften“ sowie „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ zu tun. An den hessischen Kunsthochschulen war mehr als die Hälfte der Studierenden weiblich. Dagegen waren an den Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen) und den Theologischen Hochschulen die männlichen Studie-



renden deutlich in der Überzahl. Bei den erstgenannten waren von den eingeschriebenen Studenten gut 62 % männlich, was in der technischen Ausrichtung dieser Hochschulart begründet ist. An den Theologischen Hochschulen gab es 770 eingeschriebene Studierende, von denen über 70 % männlich waren.

Bei den Studierenden an Hochschulen in Hessen sind seit Jahren die Studienfächer der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ am beliebtesten. Ein knappes Drittel (62 300) der im WS 2012/13 Immatrikulierten studiert in diesem Bereich. An zweiter Stelle liegt auf der Beliebtheitskala die Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ mit knapp einem Fünftel der Studierenden, knapp dahinter folgt „Mathematik, Naturwissenschaften“ mit 19 %.

Die am häufigsten gewählten Studienbereiche in Hessen waren im WS 2012/13 Wirtschaftswissenschaften mit 24 700 Studierenden, Informatik mit 16 100 Studierenden und auf Platz 3 Maschinenbau/Verfahrenstechnik mit 16 000 Studierenden.

Die Rangfolge der Studienbereichspräferenz variierte zwischen Studenten und Studentinnen – die Wirtschaftswissenschaften standen allerdings für beide an erster Stelle. Bei den jungen Frauen folgten dann die Studienbereiche „Rechtswissenschaften“, „Germanistik“ und „Sozialwesen“, während bei ihren männlichen Kommili-

tonen Maschinenbau/Verfahrenstechnik, Informatik und Elektrotechnik auf den Plätzen 2 bis 4 lagen.

Rund jeder siebte Studierende mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft

An den hessischen Hochschulen studierten im WS 2012/13 28 900 nichtdeutsche Studenten, das entsprach einem Anteil von 13 % an allen Studierenden. Im vorangegangenen WS 2011/12 waren es noch knapp 27 600 Studierende gewesen. Dabei lag der Anteil der 18- bis unter 26-Jährigen (typische Altersjahrgänge der Studierenden) innerhalb der nichtdeutschen Bevölkerung in Hessen bei 12 %, innerhalb der deutschen Bevölkerung bei 8,5 %.

Bei Studierenden mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft unterscheidet man zwischen denjenigen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland (sogenannte Bildungsausländer), und denjenigen, die sie in Deutschland erworben haben (Bildungsinländer). Mit Hilfe dieser beiden Zahlen lassen sich unterschiedliche Sachverhalte beleuchten.

So wird die Attraktivität hessischer Hochschulen im Ausland in der Regel am Anteil der hier eingeschriebenen Bildungsausländer festgemacht. Der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden in Hessen insgesamt betrug für das WS 2012/13 mit 18 500 Studie-

Studierende in Hessen im WS 2012/13 nach den 15 am häufigsten belegten Studienbereichen
sowie Nationalität im WS 2012/13

Studienbereich	Insgesamt		davon				davon			
			Deutsche		Nichtdeutsche		Bildungsinländer		Bildungsausländer	
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang
Wirtschaftswissenschaften	24 741	1	20 653	1	4 088	1	1 279	1	2 809	1
Informatik	16 105	2	13 527	3	2 578	3	1 043	2	1 535	3
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	16 049	3	13 780	2	2 269	4	849	3	1 420	4
Rechtswissenschaften	10 361	4	9 032	4	1 329	5	758	5	571	7
Elektrotechnik	9 323	5	6 695	6	2 628	2	405	8	2 223	2
Humanmedizin (o. Zahnmedizin)	7 789	6	6 847	5	942	8	189	14	753	6
Germanistik	7 338	7	6 339	8	999	7	211	11	788	5
Sozialwesen	7 191	8	6 665	7	526	15	206	12	320	16
Bauingenieurwesen	6 979	9	5 743	10	1 236	6	782	4	454	8
Mathematik	6 747	10	5 897	9	850	10	519	6	331	15
Erziehungswissenschaften	5 744	11	5 182	11	562	13	194	13	368	12
Sozialwissenschaften	5 594	12	4 982	12	612	11	270	10	342	14
Biologie	5 260	13	4 785	13	475	16	124	23	351	13
Wirtschaftsingenieurwesen	5 043	14	4 502	14	541	14	303	9	238	24
Architektur, Innenarchitektur	4 552	15	3 631	18	921	9	503	7	418	11

renden 8,6 %. Rund 68 % der Bildungsausländer waren an einer Universität eingeschrieben, 28 % studierten an einer der hessischen Fachhochschulen. Wie in der gesamten Studentenschaft sind die weiblichen Studierenden auch bei den Bildungsausländern mit 49 % leicht unterrepräsentiert.

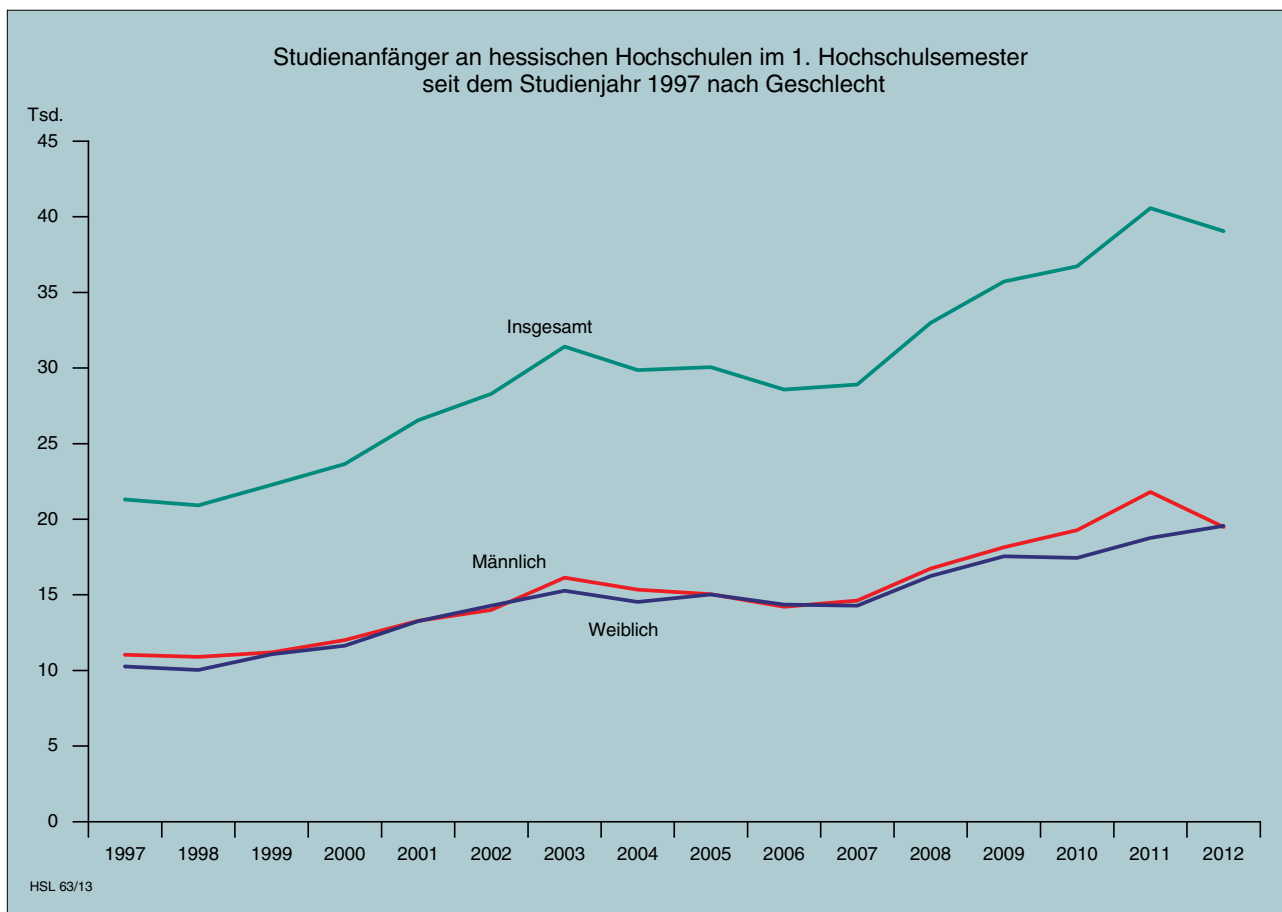
Die Zahl der Bildungsinländer sagt etwas über die Beteiligung der in Deutschland lebenden Ausländer an der Hochschulausbildung aus. Gerade im Zuge der Diskussion um die Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist diese Angabe ein wichtiger Indikator, wobei in der Hochschulstatistik das Merkmal „Migrationshintergrund“ nicht erfasst wird, sondern das Merkmal „Nationalität“. 10 400 Studenten an den hessischen Hochschulen waren im WS 2012/13 Bildungsinländer. Damit hat über ein Drittel der in Hessen studierenden Ausländer die Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben; das entspricht einem Anteil von 4,8 % an allen eingeschriebenen Studenten. Der Frauenanteil bei den Bildungsinländern lag bei gut 47 %.

Bei einer Betrachtung der Fächergruppenwahl fällt auf, dass die Bildungsinländer die gleichen Fächergruppen präferierten, wie ihre deutschen Kommilitonen. Bei den Bildungsausländern gab es leichte Unterschiede. So lagen hier die Fächer aus der Gruppe „Ingenieurwissenschaften“ auf Platz 1 vor den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Auf den Plätzen 3 und 4 lagen aber auch hier die Gruppen „Mathematik/Naturwissenschaften“ sowie „Sprach- und Kulturwissenschaften“.

Was die Wahl der Studienbereiche angeht, unterschieden sich auf den vorderen Plätzen die ausländischen

Studierenden kaum von den Studierenden insgesamt. Am beliebtesten war der Bereich „Wirtschaftswissenschaften“, gefolgt von Elektrotechnik und Informatik (bei den Studierenden insgesamt waren es die Bereiche „Informatik“ und „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“). Zwischen Bildungs- und Bildungsausländern lassen sich leichte Unterschiede bei der Wahl des Studienbereichs erkennen. So lagen neben den bereits oben genannten Studienbereichen bei den Bildungsausländern noch Germanistik und Humanmedizin auf den vorderen Plätzen. Bei den Bildungsinländern lag Germanistik erst auf Platz 11, Humanmedizin sogar erst auf Rang 14. Diese Unterschiede lassen sich vor allem damit begründen, dass Bildungsausländer in der Regel nach ihrem Studienaufenthalt in ihre Heimatländer zurückkehren und dort entsprechend andere Kenntnisse benötigen als die Bildungsinländer, die nach dem Studium in Deutschland bleiben. Die Präferenzen von Bildungsinländern und deutschen Studierenden unterschieden sich allerdings ebenfalls leicht. Bei den deutschen Studierenden lagen Wirtschaftswissenschaften zwar auch auf Platz 1, allerdings lag Maschinenbau/Verfahrenstechnik noch vor Informatik. Auf der Präferenzskala lagen bei den deutschen Studierenden auf den vorderen Plätzen die Rechtswissenschaften und die Humanmedizin, wohingegen bei den Bildungsinländern in der Rangfolge zunächst das Bauingenieurwesen und dann erst die Rechtswissenschaften zu finden waren.

Hinsichtlich der Zahl der Studierenden nach Staatsangehörigkeit gab es zwischen Bildungs- und -ausländern große Unterschiede. Bei den Bildungsinländern bildeten Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit mit



knapp 3700 die größte Gruppe, gefolgt von Studierenden mit kroatischem (640) und italienischem (620) Pass. Bei den Bildungsausländern standen an erster Stelle Studierende aus China (1850), gefolgt von Kamerun (1220) und Marokko (950).

15 % sind Studienanfänger

Von allen Studierenden in Hessen waren im Studienjahr¹⁾ 2012 rund 39 000 im ersten Hochschulsemester – und damit das erste Mal an einer deutschen Hochschule – immatrikuliert, das entsprach gut 18 % der Studierenden. Der im Schaubild dargestellte Verlauf der Anzahl der Studienanfänger seit dem Studienjahr 1997 war für männliche und weibliche Studierende nahezu gleich. Lediglich in den Jahren 2010 und 2011 gab es einen leichten Peak bei den männlichen Studienanfängern. Am 1. Juli 2011 wurde der Wehrdienst ausgesetzt und schon im Jahr davor waren so wenige junge Männer wie noch nie zur Bundeswehr eingezogen worden²⁾. Dies hatte einen leichten Anstieg der männlichen Studienanfänger zur Folge. Im Studienjahr 2012 war das Geschlechterver-

hältnis ausgeglichen; 50 % der erstmals Immatrikulierten waren weiblich.

Rund 54 % der Studienanfänger hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in Hessen erworben, 15 % kamen mit einer im Ausland erworbenen HZB zum Studium nach Hessen. Die größte Gruppe der Studienanfänger, die ihre HZB innerhalb Deutschlands, aber außerhalb Hessens erworben hatten, kam mit 7,8 % aus Nordrhein-Westfalen.

Die meisten Studienanfänger wählten zum Start ihrer Hochschulausbildung die Goethe-Universität in Frankfurt: 6500 Studierende schrieben sich dort erstmals ein. Am geringsten war die Zahl der neu Immatrikulierten an der Theologischen Fakultät in Fulda: dort schrieben sich lediglich 3 Studierende neu ein.

Fast 32 000 Hochschulabsolventen

Im Prüfungsjahr 2012³⁾ führten rund 31 900 abgelegte Prüfungen an den hessischen Hochschulen zum erfolgreichen Abschluss eines Studiums (29 938) oder einer Promotion (2005). Das waren knapp 2000 mehr als ein Jahr davor.

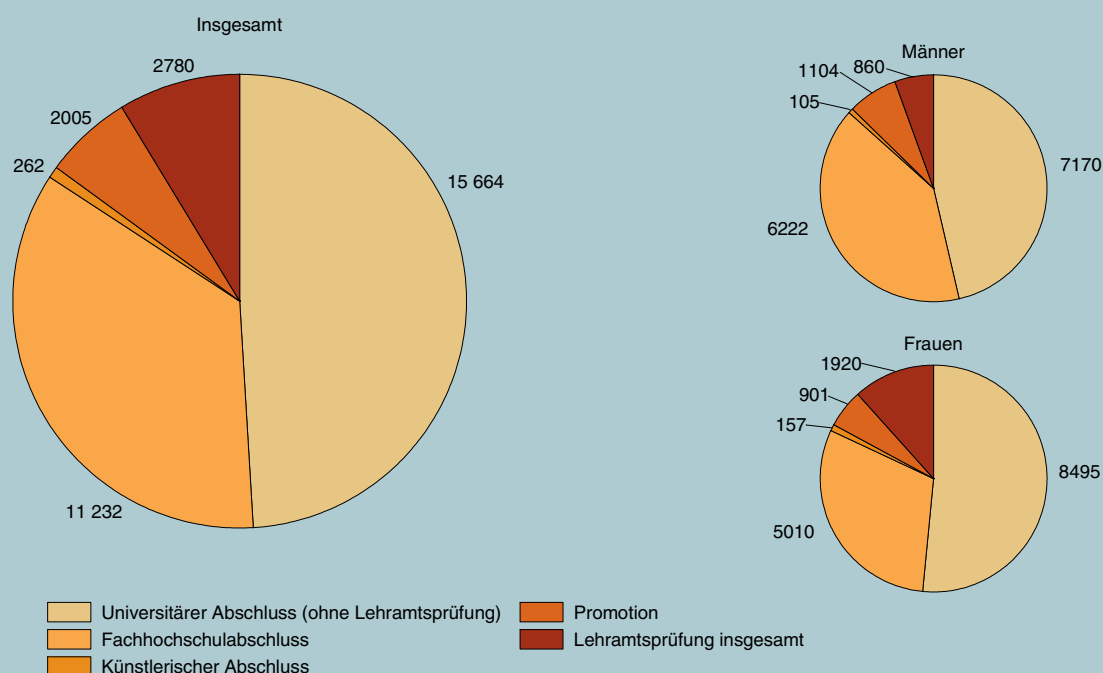
Betrachtet man nur die Absolventen eines Erstabschlusses, so waren diese beim Erreichen ihres Abschlusses im Durchschnitt knapp 27 Jahre alt. Die jüngsten gingen dabei im Schnitt mit knapp 26 Jahren von den Verwal-

1) Zur Darstellung des Studienjahres werden die Studienanfänger des Sommersemesters und des darauffolgenden Wintersemesters zusammengefasst (Studienjahr 2012 = SS 2012 und WS 2012/13).

2) http://de.wikipedia.org/wiki/Wehrpflicht_in_Deutschland (Stand: 14. Juni 2013)

3) Bei einem Prüfungsjahr werden die Prüfungen eines WS und des darauffolgenden SS zusammengefasst (Prüfungsjahr 2012 = WS 2011/12 und SS 2012).

Erfolgreich abgelegte Abschlussprüfungen in Hessen im Prüfungsjahr 2012 nach Abschlussarten und Geschlecht



HSL 64/13

tungshochschulen ab. Die hessischen Kunsthochschulen dagegen wiesen – mit 28 ½ Jahren – die ältesten Absolventen auf.

Am häufigsten – in knapp 15 700 Fällen – wurde das Studium mit einem universitären Abschluss beendet; das entsprach 52 % aller Erstabschlüsse. Hierzu zählen verschiedene Abschlussarten, die an einer Universität möglich sind, z. B. das klassische Diplom, der Magister, das Staatsexamen und auch die beiden neueren Abschlüsse Bachelor und Master. Nicht berücksichtigt wurden hierbei die Abschlussprüfungen für die unterschiedlichen Lehrämter. Diese machten zusammen rund 2800 Erstabschlüsse und damit 8,7 % der bestandenen Prüfungen aus. Mit rund 11 200 Absolventen war der Erstabschluss an einer Fachhochschule der zweithäufigste Abschluss in Hessen.

4) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/mangel-an-maennlichen-grundschullehrern-allein-mit-dem-hausmeister-1.1632685>

Bei den universitären Abschlüssen waren die Frauen mit 54 % deutlich in der Mehrheit, bei den Lehramtsabschlüssen war ihr Anteil mit 69 % noch höher – diese Zahl unterstützt die Aussage, dass die Schulbildung in Deutschland eher weiblich geprägt sei⁴⁾. Bei den Fachhochschulabschlüssen hatten die Frauen hingegen lediglich einen Anteil von 45 %.

Die Promotionen spielen bei den ausgewiesenen Abschlussprüfungen eine Sonderrolle, da es sich bei ihnen nicht um den Erst- sondern den Zweitabschluss handelt. Im vergangenen Prüfungsjahr 2012 wurden an den hessischen Hochschulen 2005 Promotionen erfolgreich abgeschlossen; davon rund 900 (45 %) von Frauen. Die meisten Promotionen wurden in den Fächergruppen „Mathematik, Naturwissenschaften“ (28 %) und „Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften“ (24 %) abgeschlossen.

Bevölkerungstatistik auf neuer Gesetzesgrundlage

Am 1. Januar 2014 tritt das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungstatistikgesetz – BevStatG) vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 826) in Kraft.

Das Bevölkerungstatistikgesetz bedurfte einer grundlegenden Überarbeitung, um Unzulänglichkeiten des 1957 in Kraft getretenen Gesetzes zu beseitigen. So werden jetzt erstmals die zu erhebenden Hilfsmerkmale im Gesetz konkret benannt.

Das Gesetz sieht daneben sprachliche Anpassungen an das vor Jahren geänderte Scheidungs- und Kindschaftsrecht, an das 2009 in Kraft getretene Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie eine bessere Erfassung der Daten zur deutschen Staatsangehörigkeit vor.

Da die Lebenspartnerschaft durch die Reform des Personenstandsrechts als neuer Personenstand aufgenommen wurde, ist sie künftig als solcher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu erfassen.

Zudem werden weitere Änderungen berücksichtigt, die sich aus der Reform des Personenstandsrechts zum 1. Januar 2009 ergeben haben. So wird beispielsweise auf die Erhebung der Angaben zur Religion bei den Standesämtern verzichtet, weil diese dort nur noch eingeschränkt und nur auf besonderen Wunsch der Betroffenen eingetragen werden.

Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

Das Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1312) ist am 27. Mai 2013 im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Mit der Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) werden vor allem statistische Anforderungen der Europäischen Union erfüllt.

In der Statistik über die Schulden, Sicherheiten für Schulden und Finanzaktiva sind bei den Erhebungseinheiten, die nach der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 zum Sektor Staat gehören, differenzierte Daten zu Schuldenerlassen und -übernahmen zu erheben, um diese an Eurostat zu übermitteln.

Zur Erfüllung der europäischen und nationalen Anforderungen an Qualität und Transparenz müssen Finanz-

ströme und -bestände innerhalb des Staatssektors und auch zwischen Einheiten des Sektors Staat und dem öffentlichen bzw. privaten Sektor vollständig erfasst und richtig klassifiziert werden. Ermöglicht wird dies durch die Einführung einer einheitlichen Datenbank zum Berichtskreismanagement.

Die neu geregelte rechtliche Zuordnung der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischen gemeindlicher Zusammenarbeit unter die Erhebungseinheiten der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen spiegelt u. a. den Methodenwechsel wider, der in der Finanz- und Personalstatistik stattfindet.

Die Erhebung der Ausgaben und Einnahmen und der Schulden bei den Kernhaushalten sowie bei den kammalbuchenden Extrahaushalten ist nunmehr zentral geregelt. Dies schafft Synergieeffekte.

Das Gesetz tritt vorbehaltlich einer Ausnahmeregelung am 1. Dezember 2013 in Kraft. Im Bereich der Schuldenstatistik tritt die Neuregelung zur Erhebung der vierteljährlichen finanziellen Transaktionen am 1. Januar 2015 in Kraft.

Beide Nachrichten aus: Informationen aus der amtlichen Statistik, Heft 2/2013, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

E-Government-Gesetz in Kraft getreten

Artikel 13 des sog. „E-Government-Gesetz“, der die Änderungen des Bundesstatistikgesetzes enthält, trat am 1. August 2013 in Kraft.

Neben kleineren redaktionellen Anpassungen wird das Bundesstatistikgesetz (BStatG) in folgenden wesentlichen Punkten geändert:

- Einfügung des § 11a BStatG, der die elektronische Datenübermittlung regelt. Danach sind Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie Betriebe und Unternehmen verpflichtet, ihre Daten an die statistischen Ämter elektronisch zu melden. Betriebe und Unternehmen sind dabei verpflichtet, für die Datenübermittlung die von den Statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten elektronischen Verfahren zu nutzen. In begründeten Härtefällen kann eine Ausnahme gemacht werden.
- Änderung des § 10 Absatz 2 BStatG, der es nunmehr erlaubt, statistische Angaben georeferenziert zu speichern und statistische Ergebnisse georeferenziert zu verbreiten.
- Klarstellung in § 3 BStatG, dass die Bereitstellung von Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke zu den Aufgaben des Statistischen Bundesamtes gehört.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr		Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
		Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2005 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾ 2010 = 100	Ver-bräucher-preis-index ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Gemeldete Arbeits-stellen ⁸⁾¹⁰⁾	Kurz-arbeit (Perso-nen) ⁸⁾
		Grundzahlen ¹¹⁾											
2010	D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	100,0	100,0	197 932	7,2	30 821	31 737
2011	D	106,5	98,3	113,9	351 320	117,7	24 557	102,9	101,9	182 518	6,6	38 053	7 943
2012	D	100,3	91,8	108,0	355 765	126,4	25 537	104,2	103,9	178 320	6,4	35 542	6 809
2012	1. Vj. D	108,9	101,0	116,1	354 538	117,5	24 726	100,8	103,2
	April	95,2	87,8	101,9	354 122	139,5	25 218	102,3	103,7	181 250	6,5	36 639	5 059
	Mai	102,5	96,1	108,1	354 279	119,9	25 360	106,5	103,7	176 865	6,3	36 482	4 709
	Juni	103,3	92,4	113,2	354 637	171,7	25 557	105,3	103,6	175 172	6,2	36 504	3 714
	2. Vj. D	100,3	92,1	107,7	354 346	143,7	25 378	104,7	103,7
	Juli	99,0	91,8	105,5	356 097	115,7	25 516	99,2	103,9	182 465	6,5	36 688	2 501
	August	95,8	88,8	102,1	358 485	147,8	25 643	102,9	104,4	179 905	6,4	35 845	2 473
	September	93,7	87,1	99,7	358 666	124,3	25 611	101,6	104,5	172 680	6,2	35 492	5 750
	3. Vj. D	96,2	89,2	102,4	357 749	129,3	25 590	101,2	104,3
	Oktober	105,1	95,6	113,8	357 884	127,9	26 758	105,7	104,5	172 783	6,2	35 189	7 371
	November	99,8	88,6	109,8	356 834	100,5	26 674	107,8	104,5	170 597	6,1	34 415	8 125
	Dezember	82,2	70,0	93,2	354 559	117,6	25 928	116,6	104,7	174 338	6,2	30 980	7 998
	4. Vj. D	95,7	84,7	105,6	356 426	115,4	26 453	110,0	104,6
2013	Januar	102,3	88,4	114,9	353 952	112,7	25 307	95,6	104,2	191 769	6,8	29 356	...
	Februar	99,2	86,8	110,4	353 661	111,0	25 308	90,7	104,9	192 670	6,9	31 410	...
	März	101,0	92,4	108,8	353 845	130,6	25 401	105,8	105,2	190 639	6,8	32 665	...
	1. Vj. D	100,8	89,2	111,4	353 819	118,1	25 339	97,3	104,8
	April	108,3	93,1	122,2	353 729	136,0	25 475	104,5	104,6	190 318	6,8	32 348	...
	Mai	95,4	83,2	106,4	354 047	109,5	25 498	103,6	105,1	186 448	6,6	32 864	...
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
2010	D	12,5	6,4	17,6	– 2,1	– 16,1	1,3	3,4	0,8	– 5,7	.	25,8	– 55,9
2011	D	1,9	2,5	1,5	3,5	24,2	5,1	2,9	1,9	– 7,8	.	23,5	– 75,0
2012	D	– 5,8	– 6,6	– 5,2	1,3	7,5	4,0	1,3	2,0	– 2,3	.	– 6,6	...
2012	1. Vj.	– 5,9	– 2,0	– 8,7	2,6	20,8	6,9	5,7	1,9
	April	– 9,7	– 9,9	– 9,5	1,9	18,1	3,6	– 2,0	1,9	– 3,3	.	– 1,0	– 33,1
	Mai	– 8,2	– 7,3	– 9,1	1,6	– 5,3	3,9	2,4	2,0	– 3,0	.	– 3,7	– 26,4
	Juni	– 3,7	– 5,4	– 2,3	1,2	10,1	3,9	9,2	1,9	– 3,4	.	– 6,1	– 32,3
	2. Vj.	– 7,2	– 7,5	– 7,0	1,5	7,6	3,8	3,1	2,0
	Juli	– 4,1	– 8,1	– 0,5	1,0	5,6	3,3	1,8	1,9	– 2,0	.	– 8,9	– 22,9
	August	– 3,2	– 7,4	0,4	0,9	11,1	2,7	2,1	2,4	– 0,6	.	– 10,6	– 30,4
	September	– 12,7	– 16,3	– 9,5	0,5	2,8	2,7	0,7	2,2	– 0,5	.	– 14,2	56,7
	3. Vj.	– 6,8	– 10,8	– 3,4	0,8	6,7	2,9	1,5	2,2
	Oktober	8,6	3,5	12,9	0,3	28,5	2,2	0,4	2,2	1,4	.	– 14,7	121,1
	November	– 6,6	– 11,8	– 2,5	0,2	– 3,1	3,0	0,2	2,1	2,0	.	– 14,8	125,8
	Dezember	– 12,0	– 11,2	– 12,6	0,0	– 23,0	2,7	– 3,1	2,0	3,0	.	– 18,3	1,9
	4. Vj.	– 3,3	– 6,5	– 1,0	0,2	– 2,8	2,6	– 1,9	2,1
2013	Januar	– 6,5	– 14,8	0,3	– 0,3	– 4,4	2,9	0,0	1,7	3,4	.	– 16,2	...
	Februar	– 5,3	– 10,9	– 0,8	– 0,1	6,8	3,0	– 5,1	1,5	3,4	.	– 13,6	...
	März	– 10,4	– 9,2	– 11,1	– 0,2	0,0	1,6	– 4,9	1,3	4,8	.	– 11,5	...
	1. Vj.	– 7,4	– 11,7	– 4,0	– 0,2	0,6	2,5	– 3,5	1,6
	April	– 7,4	– 11,7	– 4,0	– 0,1	– 2,5	1,0	2,2	0,9	5,0	.	– 11,7	...
	Mai	– 6,9	– 13,4	– 1,6	– 0,1	– 8,6	0,5	– 2,7	1,4	5,4	.	– 9,9	...
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
2012	1. Vj.	10,0	11,5	8,8	– 0,4	– 0,1	– 4,1	– 10,1	0,8
	April	– 15,5	– 13,8	– 16,7	– 0,2	6,9	0,9	– 7,8	– 0,2	– 0,4	.	– 0,7	– 46,9
	Mai	7,7	9,5	6,1	0,0	– 14,0	0,6	4,1	0,0	– 2,4	.	– 0,4	– 6,9
	Juni	0,8	– 3,9	4,7	0,1	43,2	0,8	4,2	– 0,1	– 1,0	.	0,1	– 21,1
	2. Vj.	– 7,9	– 8,8	– 7,2	– 0,1	22,3	2,6	3,9	0,5
	Juli	– 4,2	– 0,6	– 6,8	0,4	– 32,6	– 0,2	– 1,9	0,3	4,2	.	0,5	– 32,7
	August	– 3,2	– 3,3	– 3,2	0,7	27,7	0,5	– 3,4	0,5	– 1,4	.	– 2,3	– 1,1
	September	– 2,2	– 1,9	– 2,4	0,1	– 15,9	– 0,1	– 3,0	0,1	– 4,0	.	– 1,0	132,5
	3. Vj.	– 4,1	– 3,1	– 4,9	1,0	– 10,0	0,8	– 1,5	0,6
	Oktober	12,2	9,8	14,1	– 0,2	2,9	4,5	6,6	0,0	0,1	.	– 0,9	28,2
	November	– 5,0	– 7,3	– 3,5	– 0,3	21,5	3,0	4,8	0,0	– 1,3	.	– 2,2	10,2
	Dezember	– 17,6	– 21,0	– 15,1	– 0,6	17,1	– 2,8	12,7	0,2	2,0	.	– 10,0	– 1,6
	4. Vj.	– 0,5	– 5,0	3,1	– 0,4	– 10,8	3,4	8,3	0,3
2013	Januar	24,5	26,3	23,3	– 0,2	– 4,2	– 2,4	– 18,0	– 0,5	10,0	.	– 5,2	...
	Februar	– 3,0	– 1,8	– 3,9	– 0,1	– 1,5	0,0	– 5,1	0,7	0,5	.	– 7,0	...
	März	1,8	6,5	– 1,4	0,1	17,6	0,4	16,3	0,3	– 1,1	.	4,0	...
	1. Vj.	5,3	5,3	5,5	– 0,7	2,4	– 4,2	– 7,8	0,2
	April	7,2	0,8	12,3	– 0,0	4,2	0,3	7,0	– 0,6	– 0,2	.	– 1,0	...
	Mai	– 11,9	– 10,6	– 12,9	0,1	– 19,4	0,1	4,5	0,5	– 2,0	.	1,6	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 092,1 ²⁾	6 114,7 ²⁾	6 093,0	6 092,1	6 093,4	6 113,9	6 115,5	6 114,7	6 017,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 289	2 310	2 005	2 871	285	2 199	1 481	3 598	543
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	4,0	5,5	0,6	4,2	3,0	6,9	1,1
* Lebendgeborene	"	4 290	4 301	4 545	5 686	2 934	4 703	4 040	5 750	2 901
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	9,1	11,0	5,7	9,1	8,1	11,1	5,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 037	5 155	5 087	6 649	4 571	5 608	5 016	6 508	4 689
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,1	10,2	12,8	8,9	10,8	10,0	12,6	9,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	16	13	12	29	14	19	12	19	11
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,7	3,1	2,6	5,1	4,8	4,0	3,0	3,3	3,8
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (–)	"	– 747	– 854	– 542	– 963	– 1 637	– 905	– 976	– 758	– 1 788
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	– 1,5	– 1,7	– 1,1	– 1,9	– 3,2	– 1,7	– 1,9	– 1,5	– 3,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	15 855	15 906	16 504	12 145	15 734	19 778	15 599	9 935	16 827
* darunter aus dem Ausland	"	7 771	8 272	8 043	5 646	8 241	9 346	8 074	4 765	8 771
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 151	13 353	12 804	12 201	13 021	16 273	13 283	10 249	14 107
* darunter in das Ausland	"	5 313	5 446	5 499	5 408	5 609	5 037	5 654	4 498	6 094
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (–)	"	2 705	2 553	3 700	– 56	2 713	3 505	2 316	– 314	2 720
* Innerhalb des Landes Umgezogene ³⁾	"	17 623	17 817	18 745	16 167	18 275	18 568	19 121	14 294	20 813

Arbeitsmarkt ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	182 518	178 320	181 250	176 865	175 172	190 639	190 318	186 448	183 493
und zwar										
Frauen	"	87 435	84 392	85 548	83 816	83 623	86 438	87 431	86 607	85 830
Männer	"	95 083	93 928	95 702	93 049	91 549	104 201	102 887	99 841	97 663
Ausländer	"	46 024	46 241	46 845	46 156	45 104	49 978	50 086	49 042	48 520
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	17 474	17 464	17 131	16 393	16 991	18 869	18 240	17 336	17 292,0
* Arbeitslosenquote ⁵⁾ insgesamt	%	5,9	5,7	5,8	5,6	5,6	6,1	6,1	5,8	5,7
und zwar der										
Frauen	"	6,0	5,7	5,8	5,7	5,7	5,8	5,9	5,8	5,7
Männer	"	5,7	5,7	5,8	5,6	5,5	6,3	6,2	5,9	5,8
Ausländer	"	13,2	13,0	13,4	12,8	12,5	13,9	13,9	12,8	12,7
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	5,4	5,3	5,3	5,0	5,1	5,7	5,5	5,3	5,3
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 943	6 809	5 059	4 709	3 714
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	38 053	35 553	36 639	36 482	36 504	32 665	32 348	32 864	33 016

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010		2011		2012		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾⁹⁾	1000	2 165,8	2 233,4	2 227,3	2 217,2	2 283,7	2 272,5	2 267,5	2 272,3	2 310,9
und zwar										
Frauen	"	973,2	1 006,7	1 004,9	1 004,4	1 030,7	1 029,6	1 027,5	1 027,2	1 046,8
Ausländer	"	214,5	232,4	224,3	221,5	238,5	236,1	242,5	247,4	254,6
* Teilzeitbeschäftigte ¹⁰⁾	"	423,5	458,8	441,8	444,6
darunter Frauen ¹⁰⁾	"	348,6	373,7	362,3	364,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,9	7,8	6,8	8,2	7,2	7,7	8,1	8,3
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,3	2,7	2,4	2,5	2,7	2,7
* Produzierendes Gewerbe	"	559,7	563,3	565,4	557,0	573,0	565,9	566,2	574,7	584,5
darunter Frauen	"	123,8	125,3	126,3	124,7	127,4	126,1	126,8	129,2	131,5
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	543,9	540,9	540,6	557,0	558,0	555,9	554,9	566,1
darunter Frauen	"	232,6	239,2	238,1	238,6	245,1	245,5	243,9	243,0	248,1
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	570,0	563,3	560,3	583,5	576,2	577,4	557,0	583,9
darunter Frauen	"	245,2	252,8	251,0	250,3	259,1	257,4	257,8	256,9	261,4
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	548,1	549,7	552,4	561,1	564,0	559,2	557,0	567,1
darunter Frauen	"	369,0	386,7	386,8	388,4	396,0	397,7	396,0	395,0	402,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. — 2) Am 31.12. — 3) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 4) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 5) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 28.03.2013. — 10) Wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren wird dieses Merkmal bis voraussichtlich Mitte 2013 ausgesetzt. — 11) Abgrenzung nach WZ 2008.

Hessischer Zahlenspiegel

Soziales										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Leistungsbezug nach SGB II ¹⁾										
Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										
Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	413 081	403 510	407 336	406 918	406 244	409 382	411 262
darunter Frauen	"	211 398	207 435	208 928	208 864	208 691	209 955	210 710
davon										
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	287 958	280 239	283 375	283 095	282 828	283 975	285 446
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	125 123	123 271	123 961	123 823	123 416	125 407	125 816
darunter unter 15 Jahren	"	117 982	116 289	116 892	116 779	116 504	118 186	118 473
Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Schlachtungen ²⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	3 769	3 471	4 273	3 281	2 913	3 257	3 822	3 230	2 840
darunter										
Kälber ³⁾	"	166	141	123	211	99	101	184	101	96
Jungrinder	"	99	136	181	125	232	100	170	99	123
Schweine	"	46 648	44 763	46 373	45 825	43 544	40 619	44 168	45 927	42 123
darunter hausgeschlachtet	"	1 667	1 423	2 259	1 361	835	1 765	1 824	1 349	859
Schlachtmengen ⁴⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	5 926	5 598	5 980	5 739	5 491	4 980	5 732	5 638	5 386
darunter										
* Rinder insgesamt	"	1 130	1 050	1 267	973	893	979	1 129	979	897
* darunter										
Kälber ³⁾	"	20	18	15	26	12	11	24	10	12
Jungrinder	"	14	20	27	17	36	13	22	15	18
* Schweine	"	4 290	4 131	4 245	4 277	4 098	3 690	4 014	4 241	3 918
* Geflügelfleisch ⁵⁾	"
* Erzeugte Konsumeier ⁶⁾	1000 St.	14 789	17 263	18 078	16 543	16 227	18 983	20 467	18 489	18 672
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Betriebe	Anzahl	1 373	1 401	1 404	1 404	1 404	1 393	1 398	1 398	1 400
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	351,3	355,8	354,7	354,1	354,3	353,7	353,8	353,7	354,0
* Geleistete Arbeitsstunden	"	45 230	44 907	48 871	42 387	44 865	44 349	44 497	46 557	42 236
* Entgelte	Mill. Euro	1 360,7	1 421,1	1 402,4	1 505,4	1 518,6	1 311,9	1 406,2	1 517,5	1 562,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	8 793,9	8 645,4	9 733,6	8 180,4	8 825,3	8 058,1	8 586,4	8 836,3	8 537,3
* darunter Auslandsumsatz	"	4 526,0	4 493,7	5 087,5	4 288,4	4 646,0	4 271,2	4 458,5	4 657,1	4 587,8
Exportquote ⁸⁾	%	51,5	52,0	52,3	52,4	52,6	53,0	51,9	52,7	53,7
Volumenindex des Auftragseingangs ⁹⁾ insgesamt	2005 = 100 % ¹⁰⁾	1,9	– 5,8	– 8,7	– 9,7	– 8,2	– 5,3	– 10,4	13,8	– 6,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	– 1,2	– 6,4	– 7,7	– 5,0	– 7,8	– 10,1	– 14,7	4,2	– 8,3
Investitionsgüterproduzenten	"	7,4	– 6,6	– 7,3	– 14,0	– 14,2	– 5,6	– 8,2	19,5	– 5,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,4	– 5,4	– 22,9	– 14,3	– 4,1	– 6,6	– 0,6	– 11,6	– 33,8
Verbrauchsgüterproduzenten	"	3,3	– 2,0	– 11,2	– 12,0	4,8	9,5	– 4,3	32,2	– 4,6
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ¹¹⁾	– 4,0	– 8,5	– 13,6	– 11,6	– 10,6	– 3,5	– 11,0	8,0	– 3,9
Maschinenbau	"	10,4	– 7,3	– 2,5	– 20,0	– 12,8	– 2,6	– 8,0	22,0	0,8
Kraftwagen und -teile	"	1,5	– 9,8	– 13,5	– 6,3	– 15,9	– 6,5	– 18,2	7,8	– 4,6
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	11,9	– 9,9	– 14,2	– 6,7	– 13,8	19,8	– 8,0	7,9	– 6,2
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Betriebe ¹¹⁾	Anzahl	112	114	113	113	113	115	115	115	115
* Beschäftigte ¹¹⁾	"	16 143	16 396	16 367	16 360	16 363	16 295	16 292	16 257	16 268
* Geleistete Arbeitsstunden ¹¹⁾¹²⁾	1000 h	2 042	2 025	2 193	1 859	2 003	1 994	1 989	2 102	1 825
* Entgelte ¹¹⁾	Mill. Euro	67,9	70,1	63,2	67,3	69,0	70,2	66,4	71,6	68,7
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹³⁾	Mill. kWh	1 244,6	939,0	1 017,9	1 040,2	940,2	946,1	920,7	782,1	727,4
<p>* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.</p> <p>1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. — 2) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 10) Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 12) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 13) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.</p>										

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. — 2) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 10) Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 12) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 13) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	98,0	97,8	100,1	97,9	96,9	97,1	99,6	97,4	96,3
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	105,4	102,9	108,2	119,6	88,8	103,1	104,4	115,1	82,8
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	49,0	50,3	50,3	50,7	51,0	48,0	48,1	48,3	48,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 920	4 745	5 010	4 873	5 310	3 105	3 804	5 079	4 561
davon										
* Wohnungsbau	"	2 137	2 061	2 128	2 119	2 320	1 434	1 708	2 143	1 981
* gewerblicher Bau	"	1 472	1 491	1 555	1 493	1 635	1 111	1 302	1 645	1 460
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 312	1 192	1 327	1 261	1 355	560	794	1 291	1 120
* Entgelte	Mill. Euro	115,2	119,1	110,9	125,2	125,0	91,2	101,4	129,1	121,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	503,4	513,9	477,5	483,9	504,6	310,6	411,7	459,0	463,1
davon										
* Wohnungsbau	"	168,1	179,2	156,1	181,8	185,2	117,4	165,2	161,0	154,4
* gewerblicher Bau	"	174,9	191,1	191,3	167,9	175,9	141,7	159,4	182,4	180,5
* öffentlicher und Straßenbau	"	160,5	143,6	130,0	134,2	143,5	40,7	86,9	115,4	128,2
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	117,7	126,4	130,5	139,5	119,9	111,0	130,6	136,0	109,5
darunter										
Wohnungsbau	"	138,8	168,8	136,2	274,8	143,7	233,7	138,9	137,1	124,0
gewerblicher Bau	"	148,0	152,3	149,5	118,6	139,8	137,2	138,4	168,6	122,2
öffentlicher und Straßenbau	"	89,3	95,7	114,7	118,9	98,6	58,6	122,4	111,2	96,1
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,6	21,4	20,9	.	.	.	22,0	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 159	6 309	6 169	.	.	.	6 367	.	.
* Entgelte	Mill. Euro	162,6	172,9	161,8	.	.	.	170,7	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	720,6	672,8	526,3	.	.	.	541,1	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	523	530	599	611	626	544	721	488	614
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	464	462	519	555	561	490	635	410	552
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	668	687	794	664	758	617	933	865	823
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	123	128	147	127	148	118	174	153	148
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	185 546	191 860	220 960	184 933	203 231	173 025	268 140	250 602	236 210
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	128	127	121	110	132	120	112	112	105
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 301	1 043	729	1 345	620	2 676	613	645	837
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	193	165	128	177	98	235	101	118	148
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	192 706	175 873	153 636	172 142	81 936	185 782	115 607	124 931	144 036
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	1 330	1 402	1 631	1 285	1 581	1 379	1 837	1 768	1 659
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	6 602	6 675	7 691	6 483	7 248	6 062	8 495	8 084	7 641
Großhandel ¹²⁾¹³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2010 = 100	108,8	108,4	114,3	96,5	102,5	98,9	111,6	110,5	102,4
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	116,6	114,7	121,7	103,7	109,3	105,6	117,7	118,9	110,6
* Beschäftigte (Index)	"	96,0	98,8	97,7	97,9	98,0	99,8	99,8	99,8	99,8
* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. 1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führrere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer.										

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe¹⁾

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
E i n z e l h a n d e l ²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2010 =100	98,2	100,8	107,5	98,8	102,9	87,1	100,6	99,4	98,4
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	101,9	104,2	111,0	102,3	106,5	90,7	105,6	104,5	103,6
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,9	105,0	109,9	102,7	106,1	95,4	111,4	104,3	106,8
Apotheken ⁵⁾	"	105,7	105,5	111,4	101,6	105,7	106,8	108,7	112,2	107,1
Bekleidung	"	112,6	103,6	107,0	101,3	99,5	78,5	100,1	103,0	96,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	108,8	103,9	115,3	100,4	94,8	91,8	109,3	102,0	95,3
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	109,0	102,5	97,4	90,6	87,3	83,5	93,9	86,1	86,7
Versand- u. Internet-Eh.	"	91,8	93,3	114,0	104,3	102,7	63,2	76,0	80,7	76,8
* Beschäftigte (Index)	"	97,1	102,4	102,3	102,5	102,6	101,3	101,8	101,9	101,9
K f z - H a n d e l ⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	"	99,3	112,1	135,3	113,6	113,4	103,5	116,2	117,9	112,9
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	105,5	114,8	138,4	116,3	116,0	105,7	118,8	121,1	115,7
* Beschäftigte (Index)	"	98,7	105,1	104,1	104,6	104,3	105,2	105,0	105,1	105,4
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	88,8	101,7	101,8	99,8	105,8	87,2	98,6	99,2	103,5
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	98,7	105,3	105,0	102,7	109,4	91,4	103,9	104,7	109,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	107,6	106,0	106,2	103,3	111,9	93,7	106,2	106,6	108,8
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	92,5	108,0	106,5	106,5	113,2	89,7	105,1	105,4	114,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	103,4	100,1	101,3	95,5	100,2	90,7	98,5	100,8	101,5
Ausschank von Getränken	"	85,0	105,8	107,9	107,0	107,0	89,5	106,5	105,5	108,9
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	104,5	102,6	104,0	104,9	100,7	102,7	104,3	105,3

Außenhandel⁸⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 615,8	4 611,8	5 080,4	4 395,3	4 703,4	4 752,1	4 850,5	4 894,3	4 847,6
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	127,5	148,4	133,0	132,1	136,6	141,8	145,4	132,3	160,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 398,7	4 357,2	4 750,9	4 089,3	4 381,9	4 429,9	4 517,0	4 577,5	4 511,2
davon										
* Rohstoffe	"	17,1	17,9	18,1	13,5	22,0	15,5	17,9	16,5	16,3
* Halbwaren	"	400,6	353,1	418,0	312,8	353,3	361,3	335,3	379,7	416,7
* Fertigwaren	"	3 981,0	3 986,2	4 314,8	3 763,0	4 006,6	4 053,1	4 163,8	4 181,4	4 078,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	663,2	652,4	732,3	666,7	671,0	651,5	656,3	697,6	662,7
* Enderzeugnisse	"	3 317,8	3 333,8	3 582,5	3 096,3	3 335,6	3 401,6	3 507,5	3 483,8	3 415,5
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 205,4	1 293,1	1 460,5	1 204,4	1 272,1	1 336,4	1 286,9	1 409,8	1 376,6
Maschinen	"	566,2	529,6	534,8	506,7	552,0	489,0	551,6	513,8	514,9
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	534,5	455,0	519,6	450,8	454,9	618,4	535,5	553,4	543,7
elektrotechnische Erzeugnisse	"	486,2	470,4	448,3	428,6	467,8	476,2	566,8	439,7	479,1
Eisen- und Metallwaren	"	319,0	303,4	308,4	290,1	308,1	279,9	296,5	311,6	280,5
davon nach										
* Europa	"	3 125,4	3 067,4	3 360,5	2 963,9	3 143,2	3 233,5	3 261,2	3 256,9	3 197,0
* darunter EU-Länder	"	2 673,7	2 575,6	2 846,9	2 497,0	2 644,4	2 780,4	2 791,7	2 726,3	2 712,5
* Afrika	"	91,7	90,7	128,5	96,2	76,9	99,3	94,5	106,0	128,6
* Amerika	"	611,7	649,3	749,8	606,4	648,4	681,2	656,6	731,1	694,9
* Asien	"	744,0	757,2	797,6	684,2	780,1	701,8	796,7	755,3	784,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	43,0	46,6	43,5	44,3	54,7	35,3	40,8	42,9	41,3
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	6 321,8	6 490,2	6 594,9	5 920,7	6 305,7	6 402,2	6 974,0	7 044,7	6 896,9
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	250,5	237,2	241,6	225,6	249,2	211,2	232,7	226,4	243,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 808,0	5 982,1	5 933,1	5 325,6	5 664,0	5 723,7	6 228,3	6 320,7	6 157,3
davon										
* Rohstoffe	"	143,3	230,0	128,0	122,1	84,6	383,7	490,7	412,2	464,0
* Halbwaren	"	791,1	730,0	696,1	557,8	736,4	768,2	634,4	783,3	742,7
* Fertigwaren	"	4 873,6	5 022,1	5 109,0	4 645,6	4 842,9	4 571,8	5 103,3	5 125,2	4 950,5
davon										
* Vorerzeugnisse	"	629,5	624,8	595,7	570,4	589,0	550,6	597,3	653,7	661,1
* Enderzeugnisse	"	4 244,1	4 397,2	4 513,3	4 075,3	4 253,9	4 021,2	4 506,0	4 471,5	4 289,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungss Stichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ²⁾ davon aus										
* Europa	Mill.Euro	4 007,2	4 096,4	4 256,1	3 809,9	4 029,0	4 346,5	4 397,0	4 512,9	4 499,0
* darunter EU-Länder	"	3 437,8	3 415,6	3 704,6	3 353,1	3 502,2	3 528,1	3 503,2	3 605,3	3 564,4
* Afrika	"	189,5	130,1	154,1	110,0	112,2	138,0	108,1	188,3	101,1
* Amerika	"	648,2	715,1	696,1	600,4	718,3	634,1	981,5	724,6	960,8
* Asien	"	1 438,8	1 508,0	1 465,1	1 388,7	1 416,9	1 266,1	1 454,9	1 548,7	1 285,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	38,1	40,7	23,6	11,7	29,4	17,6	32,4	70,3	50,5

Tourismus ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gästeankünfte	1000	1 037	1 086	1 019	1 018	1 248	883	998	1 069	1 208
darunter										
* von Auslandsgästen	"	248	270	235	252	288	232	241	258	290
* Gästeübernachtungen	"	2 418	2 497	2 296	2 443	2 758	2 046	2 317	2 405	2 736
darunter										
* von Auslands Gästen	"	471	519	448	479	512	473	456	484	547

Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	829	855	898	748	852	698	796	909	941
davon										
* Güterempfang	"	650	669	699	609	700	525	632	719	743
* Güterversand	"	180	186	198	139	152	173	164	190	198
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁴⁾	Anzahl	30 433	29 525	38 052	32 744	35 709	22 489	33 529	35 845	31 548
darunter										
* Personenkraftwagen ⁵⁾	"	27 009	26 317	33 315	29 003	32 027	20 220	29 267	31 374	27 700
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 913	1 736	1 960	1 616	1 613	1 240	1 765	2 171	1 926
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	986	976	2 195	1 576	1 498	704	2 027	1 837	1 411
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	419	392	512	463	448	240	370	373	428
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁶⁾	"	2 569	2 485	2 268	2 074	2 692	1 956	2 086	2 160	2 437
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 872	1 801	1 678	1 491	2 110	1 206	1 342	1 580	1 719
* getötete Personen	"	22	23	19	21	26	8	21	15	24
* verletzte Personen	"	2 478	2 392	2 205	2 020	2 822	1 640	1 898	2 087	2 282
Linienverkehr der Verkehrsunternehmen ⁷⁾										
Fahrgäste ⁸⁾	1000	136 380	136 321	413 215	.	.	.	487 818	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen ⁹⁾	"	91 904	93 175	284 342
Straßenbahnen	"	18 389	18 354	53 048
Omnibussen	"	26 510	25 265	77 342
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 648 899	2 671 866	7 941 733	.	.	.	9 747 667	.	.
davon mit										
Eisenbahnen ⁹⁾	"	2 401 498	2 426 984	7 190 589
Straßenbahnen	"	77 660	77 581	224 011
Omnibussen	"	169 742	167 301	527 133
Linienfernverkehr mit Omnibussen ⁷⁾										
Fahrgäste	1000	66	66	168	.	.	.	157	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	57 104	55 550	130 524	.	.	.	130 750	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Insgesamt-Positionen enthalten. — 3) Betriebe ab 9 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012: Betriebe ab 10 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping) ab 10 Stellplätzen. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 6) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. — 7) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 8) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Linienverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Linienverkehr zusammen (Unternehmensfahrten). — 9) Ab 1. Vierteljahr 2013 Unternehmenswechsel aus anderem Bundesland, wegen Geheimhaltung keine weitere Differenzierung.

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	171 086	168 240	509 229	.	.	.	506 272	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	126 420	123 438	373 500	.	.	.	368 219	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	24 928	24 055	74 334	.	.	.	75 698	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	101 491	99 383	299 166	.	.	.	292 521	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	187 443	189 021	565 762	.	.	.	597 210	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	946	845	854	754	805	722	759	811	788
davon										
* Unternehmen	"	140	129	143	123	134	110	121	145	167
* Verbraucher	"	591	511	514	463	468	428	450	464	411
* ehemals selbstständig Tätige	"	181	173	170	149	169	165	173	182	183
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	34	32	27	19	34	19	15	20	27
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	198 427	303 120	347 557	213 787	414 284	211 314	111 767	136 476	479 914
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 495	6 032	6 822	5 774	6 151	5 690	5 931	6 413	5 827
* Gewerbeabmeldungen	"	5 607	5 877	6 466	5 099	5 342	5 553	5 536	5 432	4 826
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010 = 100	109,7	111,8	111,5	111,7	111,5	104,9	105,2	104,6	105,1
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	116,0	120,2	119,5	119,9	119,9	109,2	109,9	110,1	111,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	115,0	118,4	118,2	118,0	118,5	106,0	105,4	105,8	105,9
Bekleidung, Schuhe	"	96,9	99,2	100,0	100,2	100,2	100,6	106,5	105,8	105,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	112,8	115,4	115,0	115,2	115,2	107,1	106,9	106,8	106,9
* Nettokaltmieten	"	107,6	109,2	108,6	108,9	109,1	103,6	103,6	103,8	104,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör		102,8	103,1	102,8	102,9	103,6	99,6	100,1	100,0	99,9
Gesundheitspflege		107,5	109,6	109,4	109,5	109,7	98,4	99,0	99,2	99,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	117,9	120,9	121,6	122,1	120,6	107,7	106,4	106,8	106,7
Nachrichtenübermittlung	"	85,6	84,5	84,8	84,8	84,6	93,8	93,9	94,0	93,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	99,9	101,4	99,9	100,1	99,9	101,6	102,9	97,7	100,9
Bildungswesen		107,5	104,4	105,3	105,3	105,2	99,7	99,6	99,6	99,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	111,0	114,2	112,2	112,3	112,8	106,3	107,8	107,4	107,1
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	115,9	118,3	.	.	118,1	119,5	.	.	120,1
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Steueraufkommen insgesamt⁹⁾	Mill. Euro	3 721,1	3 929,5	4 506,2	3 281,4	3 868,1	3 711,4	4 882,5	3 112,7	3 897,0
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 558,4	3 345,7	4 357,4	3 082,1	3 730,3	3 506,1	4 771,7	2 852,5	3 708,0
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 491,7	1 538,6	1 502,9	1 602,3	1 662,1	1 487,1	1 512,4	1 638,2	1 686,6
veranlagte Einkommensteuer	"	179,4	210,3	622,6	15,6	11,4	– 39,5	737,5	55,6	– 25,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	147,2	165,9	135,6	135,4	104,5	56,0	149,7	226,8	141,7
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	234,1	259,1	207,2	295,4	250,4	273,4	247,7	285,2	216,7
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	108,8	132,6	659,8	– 215,5	35,0	– 90,8	691,0	– 559,2	63,4
Umsatzsteuer	"	1 256,9	1 305,8	1 071,6	1 107,6	1 496,5	1 728,5	1 254,3	1 103,4	1 491,6
Einfuhrumsatzsteuer	"	140,2	144,6	157,8	141,3	170,3	91,4	179,1	102,6	133,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern											
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾ noch: davon	Mill. Euro										
Bundessteuern		
Landessteuern		"	133,2	141,0	148,8	128,9	130,3	190,1	110,7	174,9	185,8
darunter											
Erbschaftsteuer		"	33,6	29,2	29,1	23,4	29,5	54,0	38,5	29,6	45,8
Grundwerbsteuer		"	43,2	46,9	49,4	47,0	43,4	59,0	56,1	60,5	60,9
sonstige Landessteuern	"	56,4	64,9	70,3	58,5	57,4	77,1	16,2	84,8	79,1	
Gewerbsteuerumlage	"	29,5	31,6	0,0	70,5	7,6	15,2	0,0	85,4	3,2	
Noch: Steuern											
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2011		2012				2013	
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 827,5	2 016,8	1 848,8	2 378,8	1 226,1	2 212,2	2 020,1	2 608,7	1 284,2	
davon											
Grundsteuer A	"	4,4	4,5	5,8	3,6	4,4	4,2	5,8	3,6	4,5	
Grundsteuer B	"	188,3	153,0	218,7	170,9	183,0	189,8	239,3	178,0	191,1	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	938,5	828,5	929,3	966,8	857,7	1 228,8	1 049,6	1 050,9	998,9	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	589,1	658,0	583,4	1 044,9	158,7	681,9	612,6	1 178,8	69,6	
andere Steuern ³⁾	"	16,6	20,7	21,1	15,1	18,2	18,3	27,9	18,3	18,6	
Verdienste ⁴⁾											
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2011		2012				2013	
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 161	4 200	3 697	3 720	3 662	3 722	3 745	3 788	3 756	
und zwar											
* männlich	"	4 445	4 484	3 919	3 943	3 878	3 943	3 965	4 011	3 948	
* weiblich	"	3 513	3 560	3 188	3 210	3 178	3 223	3 247	3 289	3 307	
*Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 808	7 914	6 556	6 637	6 565	6 640	6 698	6 734	6 731	
*Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 847	4 983	4 319	4 336	4 356	4 401	4 450	4 497	4 443	
*Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 288	3 319	3 002	3 011	2 957	3 020	3 028	3 062	3 047	
*Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 603	2 643	2 419	2 428	2 380	2 450	2 459	2 478	2 419	
*Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 112	2 108	2 000	2 007	1 919	1 970	1 993	2 019	1 993	
* Produzierendes Gewerbe	"	4 020	4 143	3 584	3 584	3 570	3 679	3 703	3 737	3 667	
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 317	3 623	3 195	3 121	3 240	3 486	3 457	3 467	3 327	
* Verarbeitendes Gewerbe	"	4 159	4 297	3 666	3 673	3 689	3 777	3 806	3 835	3 820	
* Energieversorgung	"	4 996	4 870	4 421	4 418	4 207	4 326	4 269	4 302	4 373	
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 518	3 451	3 252	3 265	3 086	3 169	3 151	3 198	3 209	
* Baugewerbe	"	3 076	3 325	2 968	2 921	2 910	3 132	3 170	3 198	2 832	
* Dienstleistungsbereich	"	4 233	4 225	3 754	3 790	3 703	3 741	3 764	3 811	3 796	
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 810	3 832	3 396	3 425	3 399	3 423	3 401	3 424	3 416	
* Verkehr und Lagerei	"	3 908	3 860	3 555	3 591	3 407	3 550	3 518	3 536	3 415	
* Gastgewerbe	"	2 451	2 411	2 249	2 308	2 252	2 261	2 246	2 300	2 305	
* Information und Kommunikation	"	5 383	5 696	4 715	4 711	4 760	4 812	4 786	4 839	4 953	
* Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	"	6 900	6 884	5 407	5 534	5 355	5 350	5 450	5 520	5 562	
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 719	5 214	4 092	4 090	4 322	4 368	4 395	4 429	4 727	
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaft- lichen und technischen Dienstleistungen	"	5 813	5 156	4 851	4 890	4 491	4 515	4 518	4 596	4 642	
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 677	2 630	2 504	2 535	2 394	2 446	2 460	2 522	2 509	
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 411	3 486	3 263	3 271	3 292	3 304	3 353	3 390	3 415	
* Erziehung und Unterricht	"	4 145	4 151	4 048	4 063	4 038	4 036	4 049	4 110	4 096	
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 520	3 577	3 302	3 323	3 281	3 345	3 375	3 418	3 446	
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 688	3 992	3 988	4 263	3 615	3 741	3 853	3 635	3 343	
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 637	3 927	3 353	3 349	3 525	3 572	3 631	3 732	3 462	
* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernte Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.											

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Insolvenzen, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Wahlen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

Die Bände können einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband
Format: 27,3 x 21,5 cm
Umfang:
Band 1: ca. 296 Seiten
Band 2: ca. 460 Seiten



W_181



Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den Regionalverband FrankfurtRheinMain nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

PDF-Format mit Excel-Anhang, kostenloser Download

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_146

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 229,95 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 4/13 bis 6/13: Die Gegenwertforderung der VBL – Rechtsprechung und Neuregelung / Zur Verfassungsmäßigkeit von Tariftreuepflicht und Repräsentativitätserfordernis / Ressortübergreifende Anrechnung von Tarifierhöhungen auf übertarifliche Zulagen im Bundesdienst / Der Gesamtvertretungsbedarf – eine zulässige Kategorie des Befristungsrechts? / „Undifferenziertes“ Leistungsentgelt nach TVöD qua Dienstvereinbarung? / Aktuelles zur Rückzahlung von Fortbildungskosten / „Whistleblowing“ unter besonderer Berücksichtigung der Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Arbeitnehmer / Vorsicht bei der Sprungrevision / Wirkungen von Reformmaßnahmen aufgrund des Versorgungsänderungsgesetzes 2011 in der Beamtenversorgung – ein vergleichender Bericht. 6133-84

Die Haftung der kommunalen Entscheidungsträger

Von Christoph Brüning, 2., neu bearbeitete Auflage, 158 Seiten, kartoniert, 24,80 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2013.

Wer in der Kommune als (Wahl-)Beamter, Angestellter oder Gemeindevertreter Verantwortung übernimmt, muss sich in einem Dickicht aus verschiedenen kommunalpolitischen Vorstellungen und Einflusskanälen, mitunter komplizierten Sachgegebenheiten, knappen finanziellen Ressourcen, zahlreichen rechtlichen Vorschriften sowie differierenden und divergierenden persönlichen Interessen und individuellen Fähigkeiten zurechtfinden. Mit der Verantwortung geht einher, für die Folgen des eigenen Verhaltens im Zweifel auch haften zu müssen. Den verhaltensleitenden Maßstab dafür gibt die Rechtsordnung vor. Das vorliegende Werk steckt einen Handlungsrahmen ab, der, wenn er überschritten wird, eine Haftung des kommunalen Akteurs auslöst. Auch und gerade Nichtjuristen erhalten eine Orientierungshilfe durch Erläuterung von Themenfeldern wie „Amtshaftung der Kommune“, „Eigenhaftung des Entscheidungsträgers und Regress“, „Disziplinarrecht und kommunalrechtliche Sanktionen“ sowie „strafrechtliche Verantwortlichkeit“. Das Buch legt die Strukturen der Haftung in einer ausdifferenzierten und komplexen Rechtsordnung offen, damit sich kommunale Funktionsträger darin zurechtfinden und die Rechtsfolgen ihres Handelns überblicken. 7522

Macht und Ohnmacht der Parlamente

Herausgegeben von Heinrich Oberreuter, 249 Seiten, kartoniert, 34,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013.

Sind Parlamente mächtig oder im Prozess politischer Entscheidungsfindung marginalisiert? Geraten sie durch Priorität der Regierungen, Medieneinfluss und Internationalisierung wichtiger Problemstellungen unzielmäßig unter Druck? Inwiefern bedrängen Komplexität und dynamische Entscheidungszwänge den demokratischen Legitimationsdiskurs? Welche Gegenstrategien entwickeln Parlamente angesichts dieser Herausforderungen?

Die Beiträge des vorliegenden Bandes gehen diesen Fragen im internationalen Kontext nach – zwischen erprobten parlamentarischen Demokratien und Transformationsstaaten auf der Suche nach Stabilität. Unterschiede in Tradition, politischer Kultur und aktueller Situation lassen keine einfachen Antworten zu. 7521

Kommunaler Klimaschutz durch erneuerbare Energien

Reihe „Recht der Nachhaltigen Entwicklung“, Band 11. Von Wolfgang Kahl und Marcus Schmidtchen, XXIV, 441 Seiten, Leinen einband mit Schutzumschlag und Fadenheftung, 89,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2013.

Während sich die öffentliche Debatte zur Energiewende bislang vor allem auf den Strombereich konzentriert, wird zu wenig beachtet, dass den Städten und Gemeinden eine Vielzahl von rechtlichen Instrumenten zur Verfügung steht, um den Klimaschutz insbesondere im Bereich der Wärmeversorgung voranzubringen. Unter Einbeziehung der neuesten gesetzlichen Entwicklungen, wie etwa der BauGB-Novellen 2011 und 2012/13, der Regelungen im EEWärmeG sowie der europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben, analysieren die Autoren des vorliegenden Bandes eingehend die kommunalen Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Förderung Erneuerbarer Energien, wobei sie auch Beispiele aus der Verwaltungspraxis einbinden. Hierauf aufbauend stellen die Autoren rechtspolitische Überlegungen zur kohärenten Weiterentwicklung des Rechtsrahmens im Bereich des Umweltenergierechts an. Der Band gliedert sich in 5 Teile: Teil 1: Unmittelbare bundes- und landesgesetzliche Pflichten zur Nutzung von Erneuerbaren Energien – Teil 2: Kommunale Handlungsoptionen zur Förderung Erneuerbarer Energien – Teil 3: Kommunaler Anschluss- und Benutzungszwang und Wärmenetzversorgung – Teil 4: Übergreifende kommunale Klimaschutzplanungen – Teil 5: Gesamtbewertung und Zusammenfassung. 7515

Staat und politische Bildung

Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für Politische Bildung“. Von Gudrun Hentges, XXVI, 467 Seiten, kartoniert, 49,95 Euro (eBook als PDF-Datei: 36,99), Springer VS, Wiesbaden 2012.

Im Jahre 2012 feierte die „Bundeszentrale für politische Bildung“ ihr 60-jähriges Bestehen. Sie tritt ein für die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation. 1952 unter dem Namen „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gegründet, unterstand sie dem Bundesministerium des Innern und knüpfte terminologisch an die „Reichszentrale für Heimatdienst“ an, die bereits in der Weimarer Republik existierte. Die Autorin rekonstruiert – auch anhand bisher nicht bekannter Akten – den Prozess der Gründung der „Bundeszentrale für Heimatdienst“. Die frühen konzeptionellen Debatten um staatliche politische Bildung lassen das breite Spektrum der einander widersprechenden Konzeptionen deutlich werden. Der Spannungsbogen reicht von dem US-amerikanischen Konzept der Reeducation über das deutsche Konzept der staatsbürgerlichen Erziehung, den „positiven Verfassungsschutz“, bis hin zur Propaganda – der „instinktsicheren Mobilisierung der Gefühle“. Der Band gliedert sich in 5 Teile: Reeducation – Reorientation – Reconstruction. Die bildungspolitischen Vorstellungen der Militärregierungen in Deutschland unter alliierter Besatzung / Wiederbelebung oder Neugründung? Die Entstehungsgeschichte der Bundeszentrale für Heimatdienst / Struktur, Aufgabenstellung und Arbeitsweise / Politische Bildung im Zeichen des Kalten Krieges: Das Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung / Fazit. 7509

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

SGB HR: Soziale Gesetzgebung und Praxis, Sozialgesetzbuch, Haushalts- und Rechnungswesen

Bearbeitet von B. Senkel und M. Lipphaus, 7. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 60 Erg.-Lfg. vom 1. April 2013) 82,50 Euro; Fachverlag C. W. Haarfeld, Essen 2013. 2473

Buchführung und Bilanzierung von A–Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 4/2013 rd. 1202 Seiten, in Plastikordner); Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg 2013. 6135

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JULI 2013
(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2012; (Vorläufige Fortschreibungsergebnisse auf Basis Zensus 9. Mai 2011); (A I 2 mit A II, A III, A V - hj 2/12); (G)¹⁾

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 31. Dezember 2012; (A I - A III S/11 - unreg./11); (G)¹⁾

Ausländer in Hessen am 31. Dezember 2012 (Ergebnisse des Ausländerzentralregisters); (A I 7 - j/12); (K)¹⁾

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2011; Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen, Förderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen; Stand: 1. November 2012, (B I 1 - j/12); (K)¹⁾

Auszubildende und Prüfungen in Hessen 2012; (B II 5 - j/12)¹⁾

Personal und Habilitationen an Hochschulen im Jahr 2012; (B III 4 - j/12)¹⁾

Rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte Personen in Hessen 2012 (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik); (B VI 1 - j/12)¹⁾

Flächenerhebung in Hessen zum 31.12.2012 (Tatsächliche Nutzung); (C I 2 - j/12); (K)¹⁾

Flächeninanspruchnahme in Hessen 1991–2012; (C I 7 - j/12); (K)¹⁾

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2013; (C III 1-5 - j/13); (K)¹⁾

Erzeugung in Aquakulturbetrieben in Hessen 2012; (C III 4 - j/12); (K)¹⁾

Gewerbeanzeigen in Hessen im 1. Vierteljahr 2013; (D I 2 - vj1/13); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im April 2013 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 04/13); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Mai 2013 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 05/13); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2013; (E I 3 - m 05/13); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 2013; (E II 1 - m 05/13); (K)¹⁾

Hessische Energiebilanz 2010 und CO₂-Bilanz 2010; (E IV 6 - j/10)¹⁾

Das Handwerk in Hessen im 1. bis 4. Vierteljahr 2012 und im Jahr 2012; Zulassungspflichtiges Handwerk (Endgültige Ergebnisse); (E V 1 - vj 1–4/12)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2013; (F II 1 - m 05/13); (K)¹⁾

Baufertigstellungen in Hessen im Jahr 2012; (F II 2 - j/12); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im April 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 04/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im April 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 04/13)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im April 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 04/13)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Mai 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 05/13)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im April 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 04/13)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Mai 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 05/13)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Mai 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 05/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Gastgewerbe in Hessen im April 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 04/13)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Mai 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 05/13); (K)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im April 2013; (H II 1 - m 04/13); (Häfen)¹⁾

Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2012 (Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Sorgeerklärungen, Maßnahmen des Familiengerichts vorläufige Schutzmaßnahmen); (K V 5 - j/12); (K)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im Juni 2013; (M I 2 - m 06/13)¹⁾

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Mai 2013; (M I 4 - vj 2/13)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 2008 bis 2011 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/08–11 (rev.))¹⁾

Verzeichnis der Hochschulen, Studienkollegs und staatlich anerkannten Berufsakademien (BA) in Hessen 2013 (Verz-10); Excel-Format

Verzeichnisse

Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in Hessen (Ausgabe 2013); (Verz-6) 16,00 Euro
E-Mail -Versand (Excel-Format) 46,00 Euro

Verzeichnis der beruflichen Schulen (Berufs- und Berufsfachschulen – Fach- und Fachoberschulen – Berufliche Gymnasien; einschl. Privatschulen) in Hessen 2013; (Verz-7) 13,50 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 8,00 Euro

Verzeichnis der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen 2013; (Verz-8) 5,00 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 2,00 Euro

Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen (Ausgabe 2013); (Verz-9) 6,90 Euro
E-Mail -Versand (Excel-Format) 7,70 Euro

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.